



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Leo Dautzenberg

MdL

Vorsitzender

der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

4000 Düsseldorf, den 20. 10. 1987
Haus des Landtags, Postfach 11 43
Tel. (02 11) 88 41 Durchw. 8 84- 336



An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Wissenschaft und Forschung
Herrn Joachim Schultz-Tornau, MdL

im Hause

Betr.: Aufgabenkritik/Personalaufwand

Anlage: Auszug aus der Vorlage 10/1242, bestehend aus:

- Schreiben des Finanzministers vom 15.10.1987
- I D 4-19.105/9 -
- Schreiben des Ministers für Wissenschaft und Forschung
vom 29.7.1987 - I A 6-4020 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat am 3. Dezember 1986 einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Landesregierung wird gebeten,
 - eine kritische Überprüfung der gestellten Aufgaben und des notwendigen Personalaufwandes sowohl der Ministerien als auch der nachgeordneten Bereiche mit dem längerfristigen Ziel eines strukturellen Stellenabbaues vorzunehmen;
 - und die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" rechtzeitig zum Haushalt 1988 über etwaige Zwischenergebnisse zu unterrichten.

2. In Ergänzung zu Punkt 1 wird die Landesregierung gebeten, Strukturkonzepte für folgende Bereiche:

- Polizei
- Gebietsrechenzentren
- Schulen
- Hochschulen
- Verwaltung für Agrarordnung

vorzulegen. Bei der Erörterung dieser Konzepte im Landtag sollen die Fachausschüsse einbezogen werden.

Diese Beschlüsse sind am 15.12.1986 vom Haushalts- und Finanzausschuß einstimmig bestätigt worden (vgl. Drucksache 10/1435).

In Erledigung dieser Beschlüsse hat der Finanzminister unter dem 15.10.1987 mit der Landtagsvorlage 10/1242 der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" in einem umfangreichen Bericht die Stellungnahmen der einzelnen Ressorts zugeleitet.

Hiermit übersende ich den Ihren Ausschuß betreffenden Auszug aus der Vorlage 10/1242. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sich Ihr Ausschuß alsbald hiermit beschäftigen und das Beratungsergebnis der Arbeitsgruppe mitteilen könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



En Vorlage MMV10/1251

DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

B/i

4000 DÜSSELDORF 30, 15. Oktober 1987
JÄGERHOFSTRASSE 6

I D 4 - 19.105/9

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Haus des Landtags

4000 Düsseldorf



Betr.: Überprüfung der gestellten Aufgaben und des notwendigen
Personalaufwands

Eine Vorlage an die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des
Haushalts- und Finanzausschusses übersende ich mit der Bitte, die Mehr-
abdrucke an die Mitglieder der Arbeitsgruppe zu verteilen.

35 Mehrabdrucke sind beigelegt.

Rosen

B/2

DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

4000 DÜSSELDORF 30, 15. Oktober 1987
JÄGERHOFSTRASSE 1

I D 4 - 19.105/9

Vorlage

an die Arbeitsgruppe

"Personalbedarf und Stellenpläne"

des

Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags

Betr.: Überprüfung der gestellten Aufgaben und des notwendigen Personalaufwands

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat am 15.12.1986 die Landesregierung gebeten, eine Überprüfung der gestellten Aufgaben und des notwendigen Personalaufwands mit dem längerfristigen Ziel eines strukturellen Stellenabbaus vorzunehmen und im Zusammenhang damit Strukturkonzepte für Polizei, Gebietsrechenzentren, Schulen, Hochschulen und Verwaltung für Agrarordnung vorzulegen; die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses soll über etwaige Zwischenergebnisse rechtzeitig zum Haushalt 1988 unterrichtet werden. Hierzu hat die Landesregierung am 12.05.1987 beschlossen, daß die Ressorts dem Finanzminister die Ergebnisse ihrer ressortinternen aufgabenkritischen Überprüfung des Stellenbestands einschließlich der Strukturkonzepte mitteilen.

...

Die mir von den Ressorts zugegangenen Berichte füge ich in der Anlage mit folgenden Hinweisen bei:

1. Im Zuge der Sparlinie der Haushalte 1981 bis 1988 sind insgesamt rd. 18.000 Stellen abgebaut (= rd. 5 % des Stellenbestandes 1981) und weitere rd. 19.600 Stellen kw gestellt worden (= rd. 5,5 % des Stellenbestandes 1981). Davon entfallen rd. 13.300 abgebaute Stellen und rd. 19.400 kw-Vermerke auf den Schulbereich. Die Ressortberichte belegen die Sinnhaftigkeit einer finanzpolitischen Vorgabe für den Stellenabbau, den die Ressorts in den vergangenen Jahren nicht linear-schematisch, sondern vielmehr nach den jeweiligen politischen Schwerpunktsetzungen und Aufgabenstellungen umgesetzt haben. Die Landesregierung versteht deshalb die von ihr geforderte Aufgabenkritik als eine bisher schon dauerhaft betriebene Aufgabe, deren Auswirkungen auch in die Zukunft reichen werden.
2. Die in der Vorlage des Kultusministers dargestellte Variante 3 des Lehrbedarfs hat keine Bedeutung für eine planerische Aussage, sondern lediglich historische Bedeutung; sie legt nämlich Werte aus dem Fortschreibungsentwurf des Bildungsgesamtplans zugrunde, der als Planungswerk von den Regierungschefs wegen mangelnder Finanzierbarkeit nicht beschlossen wurde. Der Kultusminister wird der Landesregierung daher bis Ende November 1987 eine Ergänzung seines Berichts zur Beratung vorlegen, die darstellt, ob und ggf. welche Maßnahmen möglich sind, um Unterrichtsausfall mit dem vorhandenen Lehrkörper unbeschadet der Realisierung von kw-Vermerken auf ein unumgängliches Maß zurückzuführen.
3. Das Strukturkonzept für die Hochschulen bedarf noch der Ergänzung um die Bereiche Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Frauenforschung.
4. Der Innenminister hat mitgeteilt, daß die Regierungspräsidenten ihre Vorschläge erst bis Mitte Oktober vorlegen und die aufgabenkritischen Überlegungen zum Polizeibereich ihren Niederschlag in der Beantwortung der Großen Anfrage Nr. 12 der Fraktion der F.D.P. (LT-Drs. 10/1935) finden werden, die noch in diesem Jahr erfolgen soll.

Rosen

DER MINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
des Landes Nordrhein-Westfalen

I A 6 - 4020

Akten-Zeichen (Bei Antwort bitte angeben)

An den
Finanzminister des
Landes Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf

DÜSSELDORF, den *24.* Juli 1987 B/4
Völklinger Straße 49 · Postfach 1103 · 4000 D 1
Fernruf (0211) 30321, Durchwahl 3032/
Telex 8581993 mwf d
Telefax (0211) 3032348

Zu erreichen mit der
Straßenbahn Linie 709 und 719
Haltestelle Fahrstraße

31. Juli 1987

FM-NW: 104-19.105/9

~~SH'-Vorg.-bgf.-liegt vor.~~

Betr.: Aufgabenkritische Überprüfung des Stellenbestandes

Bezug: Ihr Schreiben vom 24. Juli 1987 - I D 4 - 19.5.105/9 -
Kabinettsbeschlüsse vom 12.5.1987 und
Staatssekretärsschreiben MWF an den Chef der Staatskanzlei und
den Staatssekretär im Finanzministerium vom 26.5.1987

Anlg.:

Die Landesregierung hat am 14.7. auf der Basis des Berichts des MWF
Perspektiven der Hochschulentwicklung - Grundsatzentscheidungen -
Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Hochschulbereichs im Lande
getroffen.

Zwischen den Staatssekretären der Staatskanzlei, Ihres Hauses und des
MWF bestand in der Besprechung vom 25.5.1987 Einvernehmen darüber, daß
die Ergebnisse der Abstimmungen über die Perspektiven der Hochschulent-
wicklung Bestandteil der Berichterstattung der Landesregierung vor dem
Haushalts- und Finanzausschuß zur Aufgabenkritik werden sollten. Auf
unser Schreiben vom 26.5.1987 in dieser Angelegenheit wird verwiesen.

Als Anlage übersende ich Ihnen Abdruck des Berichts Perspektiven der
Hochschulentwicklung mit der Bitte, den Inhalt des Berichts für die
Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß zu verwenden. Der Bericht
stellt eine kritische Überprüfung der gestellten Aufgaben und des not-
wendigen Personalaufwandes bei den Hochschulen mit dem längerfristigen
Ziel eines strukturellen Stellenabbaues dar. Er beschränkt sich nicht
auf die Darstellung von Personalbedarfsberechnungen oder bereits ein-

X Nein! Bitte Kabinettsbeschl. vom 14. Juli 1987

geleiteter Maßnahmen, sondern ist im Sinne der Anforderungen des Haushalts- und Finanzausschusses eine auf die zukünftige Entwicklung hin projizierte Darstellung des Rahmens, in dem sich zukünftiger Personalbedarf bei den Hochschulen entwickeln wird.

Die Überprüfung des MWF durch den Landesrechnungshof und die Entscheidungen im Landtag hierzu stellen für das Ministerium selbst eine auf die Zukunft hin orientierte Überprüfung des Stellenbestandes dar. Den Ihnen hierzu vorliegenden Unterlagen ist nichts hinzuzufügen.



Beglaubigt

Wip
Angestellte

Im Auftrag

gez.

Schlegel

I.

Perspektiven der Hochschulentwicklung -Grundsatzentscheidungen-

Inhaltsübersicht

	Seite	
Vorbemerkung	1	
1. Ausgangslage		1
1.1 Entwicklung des Hochschulbereichs Nordrhein-Westfalens seit 1970		1
1.2 Politische Entscheidungen zur Entwicklung des Hochschulbereichs		4
1.3 Universitäten - Gesamthochschulen		7
2. Rahmenbedingungen und Perspektiven		9
2.1 Arbeitsmarkt und Innovationsbedarfe		9
2.2 Forschung		32
2.3 Weiterbildung		36
2.4 Prognose der Entwicklung der Fächergruppen		38
2.5 Demographische Entwicklung		42
2.6 Bildungsbeteiligung		43

2.7 Zukünftige Studienstrukturen	50
2.8 Personalplanerische Konsequenzen	52
3. Grundsatzentscheidungen zu wesentlichen Umstrukturierungsleitlinien	60
3.1 Hochschulpolitik und Landespolitik	60
3.2 Allgemeine hochschulplanerische Zielsetzungen	61
3.3 Standorte von Fachhochschulen bzw. Universitäten	65
- Gesamthochschulen -	
3.3.1 Standort Hagen der Fachhochschule Hagen	65
3.3.2 Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld	67
3.3.3 Abteilung Höxter der Universität - Gesamthochschule - Paderborn	69
3.3.4 Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen, Köln (FH BD)	71
3.4 Grundsatzentscheidungen zu wesentlichen Bereichen der wissenschaftlichen Hochschulen	73
3.4.1 Medizin	73
3.4.2 Anpassung der Lehrerausbildung an den langfristig niedrigen Bedarf des Kultusministers mit den sich hieraus ergebenden Folgerungen vor allem für die Kulturwissenschaften.	77
3.5 Kunsthochschulbereich	88
3.6 Absolut und relativ erhöhter Sachmittelbedarf	89
3.7 Voraussetzungen für Umstrukturierungen	90

Perspektiven der Hochschulentwicklung
- Grundsatzentscheidungen -

Vorbemerkung

Mit diesem Bericht wird eine Abschätzung der Entwicklung der Hochschulen in den 90er Jahren auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung unternommen. In den Entscheidungsvorschlägen beschränkt sich der Bericht auf Grundsatzentscheidungen zu Teilbereichen, die für die weitere Konkretisierung der Planungen in diesen Feldern erforderlich sind und auf Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Gesetzgebung gesehen werden müssen. Der Bericht ist nicht abschließend, sondern muß im Verlauf des Jahres um Aussagen zu weiteren Fragestellungen z.B. zur weiteren Entwicklung in den Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften ergänzt werden.

1. Ausgangslage

1.1 Entwicklung des Hochschulbereichs Nordrhein-Westfalens seit 1970

Studenten:

Die Hochschulen des Landes haben in den letzten 25 Jahren eine extreme Expansion der Nachfrage nach Studienplätzen bewältigt. Im Jahr 1960/61 studierten an den nordrhein-westfälischen Hochschulen (ohne Fachhochschulen) 52.824 Studenten im Jahre 1970/71 waren es bereits 108.473. Bis zum Wintersemester 1986/87 hat sich diese Zahl bei den wissenschaftlichen Hochschulen auf 322.250 erhöht. Unter Einschluß der Fachhochschulen und der Kunst- und Musikhochschulen ist die Zahl der Studierenden an staatlichen Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) auf 406.208 gestiegen. Gegenüber 1970 ist dies nahezu eine Vervier-

fachung. An nichtstaatlichen Hochschulen und Verwaltungsfachhochschulen sind derzeit 14.881 Studenten eingeschrieben. Der Anteil der Ausländer an den Studierenden ist mit etwa 5 % in dieser Zeit prozentual im wesentlichen konstant geblieben. Die Ausländerzulassung hat also die Expansion des Hochschulbereichs in vollem Umfange nachvollzogen. Das Land hat damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklungshilfe geleistet. Der Anteil weiblicher Studenten ist von 31 % im Jahr 1972/73 auf fast 38 % im Wintersemester 1986/87 angestiegen. Besonders hoch ist der Anstieg bei den Universitäten des Landes einschließlich der Deutschen Sporthochschule, der von 27,1 % auf fast 42 % gewachsen ist. Ein Vergleich des Anteils der weiblichen Studenten mit der Fächerstruktur der jeweiligen Hochschulen zeigt, daß der Anteil der weiblichen Studenten bei den Hochschulen, die ein breites geistes- und sprachwissenschaftliches Fächerspektrum und einen hohen Studentenanteil in diesen Fächern haben, besonders hoch ist. Dies gilt für die Universitäten Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Köln und Münster, wo der Anteil der weiblichen Studierenden bei fast 47 % liegt. Der Anteil von Arbeiterkindern an den Studenten im Lande ist von 10,7 % im Jahre 1967 auf über 19 % im Jahre 1982 gewachsen und ist seit 1983 wieder bis auf 14,5 % im Wintersemester 1986/87 gefallen. Manches spricht dafür, daß die Veränderungen, die seit dem Regierungswechsel in Bonn bei der Studentenförderung durchgeführt worden sind, zu diesem Rückgang beigetragen haben. Die Gesamtzahl der geförderten Studenten im Bundesgebiet ist nämlich seit 1983 stark rückläufig.

Personal:

Der Personalbestand der Hochschulen (ohne Medizin) hat an der stürmischen Entwicklung der Studentenzahlen nicht proportional teilgenommen. Von 1966/67 bis 1986 ist der Personalbestand an den Hochschulen (ohne Medizin) einschließlich der Fachhochschulen und ihrer Vorgängereinrichtungen um gut 160 % auf etwa das Zweieinhalbfache des Basisbestandes gestiegen. Die Personalzuwächse haben sich

im wesentlichen sehr sprunghaft in den Jahren von 1966 bis 1973 vollzogen; danach ist trotz des weiterhin stürmischen Anstiegs der Studentenzahlen nur noch ein geringer Anstieg des Personalbestandes festzustellen. Zwischen 1973 und 1986 hat sich der Personalbestand an den Hochschulen (ohne Medizin) nur noch um 30 % erhöht. Der personelle Ausbau verlief zwischen den Fächergruppen und innerhalb der Fächergruppen durchaus uneinheitlich. Bezogen auf das Jahr 1966/67 sind die Ingenieurwissenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen um den Faktor 2,7 ausgebaut worden, die Naturwissenschaften um das 2,5-fache, die Kulturwissenschaften etwa um den Faktor 2,25, die Gesellschaftswissenschaften um fast das Dreifache. Innerhalb der Fächergruppen sind die Entwicklungen wiederum außerordentlich unterschiedlich verlaufen. Bei den Ingenieurwissenschaften ist z.B. bei der Architektur nur ein ganz geringer Personalzuwachs zu verzeichnen, während das Bauingenieurwesen um den Faktor 4 gewachsen ist. Maschinenbau und Elektrotechnik sind um etwa das 3,5-fache personell ausgebaut worden. In den Gesellschaftswissenschaften hat sich der Personalbestand in Rechtswissenschaften kaum verändert, in Wirtschaftswissenschaften ist er um mehr als das Vierfache gestiegen, in den Sozialwissenschaften um das Fünffache. Die Sozialwissenschaften haben damit die höchste Steigerungsrate im Personalbereich. Ein Vergleich in den Kulturwissenschaften ist nur eingeschränkt möglich, weil die Basiszahlen für 1966/67 bei den Pädagogischen Hochschulen keine fächerweise Aufgliederung liefern. Unterschiede sind aber auch hier deutlich feststellbar: So ist der Personalbestand in der Romanistik um etwa das Doppelte gewachsen, in der Anglistik, bei der die Personalzahlen in den früheren Pädagogischen Hochschulen gering waren, hat sich eine Verdreifachung ergeben. In der Pädagogik hat sich an den Universitäten und Universitäten - Gesamthochschulen bis 1980 bereits eine Verfünffachung des Stellenbestandes ergeben. Dagegen ist die Personalzahl z.B. in der klassischen Philologie nur unwesentlich gestiegen.

In den Naturwissenschaften hat die Mathematik die höchsten Personalsteigerungen um etwa den Faktor 4 zu verzeichnen, die Physik um etwa den Faktor 2,5, die Biologie um etwa 3,7, die Chemie nur um 2,5 und die Geographie um 3,5.

1.2 Politische Entscheidungen zur Entwicklung des Hochschulbereichs

1.2.1 Mit der Errichtung der Universitäten - Gesamthochschulen und dem weiteren Ausbau der Gründungen der 60er Jahre Bochum, Bielefeld, Dortmund und Düsseldorf hat das Land die Regionen Nordrhein-Westfalens mit Hochschulen erschlossen und Entwicklungsschwerpunkte in den Regionen nachhaltig gestärkt.

Die Landesregierung hat bereits zu Anfang der 70er Jahre den Ausbau der Hochschulen mit ihrer Bedeutung für die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und für die Verbesserung der regionalen Infrastruktur begründet. Ihr Ziel war, hiermit einen Beitrag zu der im Grundgesetz geforderten Gleichheit der Lebenschancen zu leisten, indem regionale Entwicklungsunterschiede verringert wurden. Sie hat schon damals darauf hingewiesen, daß der regionale Bedarf an Hochschulabsolventen leichter gedeckt werden kann, da die Absolventen der Hochschulen häufig in der Nähe des Studienortes arbeiten wollen. Sie hat auf die bildungswerbenden Wirkungen neuer Hochschulen in den Regionen hingewiesen und den Neubau der Hochschulen als wichtigen Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit im Bildungswesen herausgestellt, mit dem unterprivilegierte Schichten verbesserte Chancen zur Aufnahme eines Studiums erhalten sollten.

Mit der regionalen Öffnung einher ging eine soziale Öffnung des Hochschulwesens, da Bevölkerungsschichten, denen aufgrund großer Entfernungen zu den traditionellen Hochschulstandorten und mangelnder finanzieller Mittel ein Hochschulstudium nicht möglich war, nunmehr ein Studium ermöglicht wurde.

Die integrierten Studiengänge der Universitäten - Gesamthochschulen schufen darüber hinaus weitere Möglichkeiten der sozialen Öffnung, weil der Hochschulzugang nicht mehr auf das Abitur und die allgemeine Hochschulreife begrenzt wurde, sondern auch für Studienbewerber mit Fachhochschulreife geöffnet wurde. Ihnen wurde erstmals mit diesem schulischen Abschluß die Möglichkeit gegeben, ohne zeitraubende Umwege einen wissenschaftlichen Studienabschluß zu erreichen. Die Erfahrungen mit den Absolventen dieser integrierten Studiengänge beweisen, daß dieser Schritt, der einmalig in der Bundesrepublik ist, richtig war. Wissenschaftliche Untersuchungen haben bewiesen, daß die Studienergebnisse von Studierenden mit Fachhochschulreife und solchen mit allgemeiner Hochschulreife nicht zugunsten der Studierenden mit allgemeiner Hochschulreife differieren.

Mit den integrierten Studiengängen hat das Land darüber hinaus eine inhaltliche Öffnung der Ausbildung dadurch geschaffen, daß neben dem versäulten System von Fachhochschulstudiengängen und wissenschaftlichen Studiengängen, die nur geringe Übergangsmöglichkeiten bieten, ein Studiensystem geschaffen wurde, in dem der Student während des Studiums sich für längere oder kürzere wissenschaftliche Studiengänge im gleichen Fach entscheiden kann. Die integrierten Studiengänge haben bewiesen, daß das wissenschaftliche Studium auch bei Studienangeboten mit Regelstudienzeiten von weniger als vier Jahren erfolgreich möglich ist. Sie haben damit innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen ein Mehr an Differenzierung des Studienangebotes gebracht und bildungspolitische Ziele, denen sich in den 70er Jahren Bund und Länder gemeinsam verpflichtet fühlten, verwirklicht.

- 1.2.2 Der Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken wird seit 1970 nach Maßgabe des Artikels 91 a GG in Verbindung mit dem Hochschulbauförderungsgesetz von Bund und Ländern als Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen. Ziel des Hochschulausbaus war und ist es,

ein quantitativ und qualitativ ausreichendes sowie ein regional und fachlich ausgeglichenes Angebot an Forschungs- und Ausbildungsplätzen zu gewährleisten. Seit Inkrafttreten des Hochschulbauförderungsgesetzes am 01.01.1970 hatte die Rahmenplanung das Ziel, den Hochschulbereich so zu erweitern, daß entsprechend den gemeinsamen bildungspolitischen Zielvorstellungen des Bundes und aller Länder eine erheblich größere Anzahl von Studenten aufgenommen werden konnte, auch um der Nachfrage der großen Geburtsjahrgänge gerecht zu werden.

1976 hat der Planungsausschuß für den Hochschulbau das langfristige Ausbauziel der Hochschulen im Bundesgebiet auf 850.000 festgelegt. Nordrhein-Westfalen hat dabei übernommen, insgesamt 228.000 Studienplätze zu schaffen. Von diesen Studienplätzen sind 96,1 % (Stand 1986) realisiert. Nordrhein-Westfalen hat damit seine Regionalisierungsabsichten erreicht. Insgesamt sind für den Ausbau der Hochschulen von 1970 bis 1985 knapp 12 Milliarden DM in Nordrhein-Westfalen aufgewendet worden, von denen das Land 50 % getragen hat.

- 1.2.3 Trotz der enormen Anstrengungen zum Ausbau der Hochschulen bestand ab Mitte der 70er Jahre die Gefahr, daß flächendeckend ein Numerus clausus für die Mehrzahl aller Studiengänge eingeführt werden mußte. Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich am 04. November 1977 darauf verständigt, alle Maßnahmen zu treffen, um den Numerus clausus an den Hochschulen abzubauen. Sie haben das langfristige Ausbauziel von 850.000 Studienplätzen bestätigt. Sie haben die erschöpfende Nutzung der Hochschulen für Ausbildungszwecke für Zeiten der Überlast durch die geburtenstarken Jahrgänge ausdrücklich bekräftigt und haben Überlastmaßnahmen zur kurzfristigen Verstärkung der Lehrleistung der Hochschulen beschlossen.

1.2.4 Im Vorgriff auf die Beschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern, die von Nordrhein-Westfalen maßgeblich beeinflusst worden sind, hat das Land bereits 1977 Notzuschlagsmittel bereitgestellt. Die jährlich verausgabten Mittel sind von 4 Millionen im Jahr 1977 auf einen Höchststand von 31 Millionen im Jahr 1984 angestiegen. Im Jahre 1986 sind insgesamt 28,5 Millionen DM für Überlastmaßnahmen verausgabt worden. Das Land hat von 1977 bis 1986 insgesamt 182.148.862 DM für Überlastmittel ausgegeben. Diese Mittel sind im wesentlichen für Lehraufträge und Hilfskräfte, zu einem geringeren Teil auch für ausbildungsrelevante Ausstattung verausgabt worden. Für Zwecke der Forschung standen diese Mittel nur in geringem Umfang zur Verfügung.

1.2.5 Die Bildungsminister von Bund und Ländern haben sich beim Entwurf der Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes 1982 einvernehmlich darauf verständigt, die bisherige Ausbaupolitik des Hochschulwesens entsprechend den Beschlüssen der 70er Jahre fortzusetzen und an den Zielsetzungen nichts zu verändern. Sie haben im Hinblick auf die sich abzeichnende Entspannung bei der Nachfrage nach Studienplätzen deutlich gemacht, daß die durch die Beschlüsse der Regierungschefs vom November 1977 sanktionierten Überlastungen der Hochschulen auf normale Auslastungen zurückgeführt werden müßten. Die Personalrichtwerte des Wissenschaftsrats wurden als Anhaltspunkt für eine vertretbare Belastung der Hochschulen mit Lehraufgaben angesehen. Die Konferenz der Landesfinanzminister hat den Personalrichtwerten des Wissenschaftsrates insbesondere wegen der unterstellten dienstrechtlichen Konsequenzen (Herabsetzung von Lehrdeputaten) noch nicht zugestimmt.

1.3 Universitäten - Gesamthochschulen:

Die Studentenzahlen an den Universitäten - Gesamthochschulen sind von 21.520 im Jahre 1972/73 auf 78.412 im Jahre 1986/87 um rund 260 % auf mehr als das Dreifache

gestiegen. Die Universitäten - Gesamthochschulen haben damit eine wesentliche Aufgabe, die mit ihrer Gründung verbunden war, erfüllt, indem sie die alten Standorte nachhaltig entlastet haben und den Zusammenbruch des Lehrbetriebes an den alten Hochschulen verhindert haben. Die Steigerung der Studentenzahlen zeigt, daß die Universitäten - Gesamthochschulen in ihren Regionen voll angenommen worden sind und daß sie ihre soziale und regionale Erschließungsfunktion erfüllt haben.

Der Personalbestand (ohne Medizin) ist im gleichen Zeitraum lediglich um 88 % von 3.646 auf 6.869 Stellen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals gewachsen.

Die Universitäten - Gesamthochschulen sind unter Einbeziehung von Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen gegründet worden. Sie haben die übernommenen Schwerpunkte teilweise weitergeführt, teilweise weiterentwickelt. Der Fachhochschulbereich spielt bei den Universitäten - Gesamthochschulen zwischenzeitlich nur noch eine untergeordnete Rolle. Dort, wo quantitativ in erheblichem Umfang Fachhochschulstudiengänge an Universitäten - Gesamthochschulen vorhanden sind, werden sie in Abteilungsstandorten nicht integriert, sondern kooperativ geführt. Die Universitäten - Gesamthochschulen haben die Lehrerausbildung weiterentwickelt und neben der früheren Ausbildung der Pädagogischen Hochschulen die Ausbildung für das Lehramt für die Sekundarstufe II mit übernommen. Sie haben einen wesentlichen Beitrag zur Umgestaltung der Lehrerausbildung im Lande von einer schulformbezogenen auf eine schulstufenbezogene Ausbildung mit starker pädagogischer Ausrichtung und gelungener Verzahnung von fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Ausbildung geleistet. Das Gesicht der Universitäten - Gesamthochschulen wird durchgängig aber durch die integrierten Studiengänge in Gesellschaftswissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften geprägt, die einen breiteren Zugang durch die Öffnung für Studienbewerber

mit Fachhochschulreife besitzen, vielfältige Studienwahlmöglichkeiten innerhalb des Studiums durch die gestuften Studienabschlüsse im kürzeren und längeren Studienast ermöglichen und durch die Zusammenarbeit von Professoren mit Schwerpunkt beim Anwendungsbezug und eher theoretisch orientierten Professoren in Lehre und Forschung für die Ausbildung neue Dimensionen eröffnen und den Tätigkeitsfeldbezug der Ausbildung verbessern.

Die Universitäten - Gesamthochschulen haben damit wesentliche Beiträge zur Studienreform in Nordrhein-Westfalen durch ihre Vorreiterfunktion für die übrigen Hochschulen im Lande bei der Veränderung der Lehrerausbildung und durch die integrierten Studiengänge geleistet. Sie haben den Beweis dafür erbracht, daß ein wissenschaftliches Hochschulstudium auch im Regelfalle von entsprechend motivierten Studienbewerbern mit Fachhochschulreife erfolgreich abgeschlossen werden kann, wenn geeignete Angebote wie die Brückenkurse bereitgestellt werden.

2. Rahmenbedingungen und Perspektiven
 - 2.1 Arbeitsmarkt und Innovationsbedarfe
 - 2.1.1 Entwicklung des Arbeitsmarktes

Wirtschaft und Arbeitsmarkt Nordrhein-Westfalens unterliegen einem sich beschleunigenden Strukturwandel. Der Verlust an industriellen Arbeitsplätzen ist überproportional hoch. Zwischen 1981 und 1986 hat sich der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen einerseits beschleunigt, andererseits hat aber auch die Fähigkeit zugenommen, die Produkt- und die Dienstleistungspalette auf sich verändernde Nachfrage auszurichten. Das Qualifikationsniveau der Arbeitsplätze im Lande ist hoch. Dies bietet Gewähr dafür, daß notwendige Strukturveränderungen auch von den Arbeitskräften mit vollzogen werden können. Die Hoch-

schulgründungen der 70er Jahre und die hiermit einhergehende Regionalisierung des Hochschulwesens haben das Spektrum der Bildungs-, Forschungs- und Transfermöglichkeiten im Lande erweitert; es gilt diesen Bestand zu sichern und ihn für die wirtschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen. Zu den Voraussetzungen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Lande zu erhalten und zu steigern, zählen auch die Aktivitäten zur Verbesserung der Erst- und Weiterbildung. Leistungsfähige Hochschulen sind damit eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen des Anpassungsprozesses der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und zum Erhalt ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen hat sich in den vergangenen Jahren stetig ausgeweitet. Es ist zu erwarten, daß diese Entwicklung - von Abweichungen für Absolventen bestimmter Studiengänge abgesehen - insgesamt anhält. Dennoch werden Beschäftigungsprobleme bei Akademikern in den kommenden Jahren eher zunehmen. Im Bundesgebiet werden bis zum Jahre 2000 etwa 2 Mio. Absolventen der Hochschulen mit erfolgreich bestandener Prüfung auf den Arbeitsmarkt drängen. Frei werden aber nur 0,7 bis 0,8 Mio. Stellen, die bisher traditionell mit Akademikern besetzt waren.

Die Erfahrung der Vergangenheit beweist indes, daß Hochschulabsolventen in besonderem Maße in der Lage sind, sich neue Arbeitsfelder zu erschließen, die traditionellerweise nicht mit Hochschulabsolventen besetzt worden sind. In Zeiten beschleunigten Strukturwandels und verschärften Qualitätswettbewerbes sind auch die Arbeitgeber zunehmend bereit, Höherqualifizierte auf freiwerdende Stellen zu setzen, die bislang niedriger qualifiziert besetzt worden waren. Die Hochschulausbildung, die spezifisches Fachwissen mit überfachlichen Qualifikationen wie Teamfähigkeit, der Fähigkeit zur eigenständigen Organisation von Arbeit, Anpassungsfähigkeit an veränderte

Rahmenbedingungen und Selbständigkeit in der Suche nach Problemlösungen verbindet, bietet für zukünftige Arbeitgeber so attraktive Qualifikationsprofile, daß mit einiger Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann, daß sich der Anteil der Akademiker in der Berufswelt auch in Zukunft weiter erhöhen wird. Dies gilt vor allem dann, wenn die Hochschulen in der Lage sind, spezifische Zusatzkenntnisse wie informationstechnische Kenntnisse und fachliche Fremdsprachenkenntnisse neben dem Studium zu vermitteln. Es kommt hinzu, daß sich ab Mitte der 90er Jahre aller Voraussicht nach die derzeitig angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich entspannen wird mit der Folge, daß das global bestehende Arbeitskräfteüberangebot abgebaut werden kann.

Die dargestellten Arbeitsmarktchancen werden nicht für alle Teilarbeitsmärkte in gleicher Weise eintreffen:

Auf lange Sicht wird der öffentliche Dienst äußerst restriktiv mit Einstellungen sein. Dies liegt zum einen an der Situation der öffentlichen Haushalte und dem allgemeinen Bestreben, den Anteil der Personalkosten nicht weiter ansteigen zu lassen, zum anderen aber auch an der demographischen Entwicklung: Die sinkende Zahl von Kindern und Jugendlichen führt zu Personalabbau im Vorschulbereich, in der Schule aber auch in der Hochschule. Einstellungsmöglichkeiten verringern sich damit drastisch. Die sich aus der demographischen Entwicklung ergebende Veränderung in der Bevölkerungsstruktur, insbesondere der größer werdende Anteil älterer Menschen dürfte langfristig auch zu abnehmenden Aufgaben bei der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung und damit zu Veränderungen beim Personalbestand zumindest der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Polizei führen, die allerdings als Tätigkeitsfeld für Hochschulabsolventen nur im geringen Umfang im Betracht kommt. Für die Hochschulen bedeutet dies, daß Absolventen von Ausbildungsgängen, die ausschließlich oder überwiegend auf Tätigkeiten im öffentlichen Dienst

vorbereiten, auf langfristig verengte Arbeitsmärkte stoßen werden. Dies gilt besonders, wenn das angestrebte Tätigkeitsfeld im wesentlichen auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche ausgerichtet ist. Mit Rücksicht auf die formalisierten Laufbahnstrukturen des öffentlichen Dienstes sind die Möglichkeiten für Hochschulabsolventen traditionell nicht mit Hochschulabsolventen besetzte Arbeitsplätze einzunehmen, eher gering einzuschätzen. Hochschulabsolventen treten hier im übrigen in Konkurrenz zu vom öffentlichen Dienst selbst ausgebildeten Arbeitskräften, deren Verdrängung der öffentliche Dienst schon aus Gründen der Fürsorgepflicht kaum zulassen dürfte. Dies bedeutet deutlich kleinere Arbeitsmärkte für Lehrer, Erziehungswissenschaftler, u.U. Juristen in der Strafrechtspflege, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, soweit für Beschäftigungsfelder im öffentlichen Dienst ausgebildet wird.

Günstiger sind nach den bisherigen Erfahrungen und den dargestellten Trends die Berufsaussichten im privatwirtschaftlichen Bereich und hier insbesondere im Bereich der Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften. Auch hier sind aber nach den Erfahrungen der Fachvermittlungsdienste bereits heute deutliche Differenzierungen angebracht: Bauingenieure, Architekten und Raumplaner sowie Vermessungsingenieure, Geographen und Agrarwissenschaftler haben bereits jetzt erhebliche Arbeitslosigkeitsrisiken zu tragen. Nachdem die Expansion des Verkehrswegebbaus im wesentlichen ihren Abschluß gefunden hat, im Hochbau, insbesondere im Wohnungsbau Sättigungstendenzen unverkennbar sind, spricht sehr vieles dafür, daß die schwierige Arbeitsmarktsituation für Bauingenieure, Architekten und Raumplaner bestehen bleiben wird. Veränderte Einstellungen zum Umweltschutz könnten im Gegensatz hierzu dazu führen, daß Agrarwissenschaftler und möglicherweise auch Geowissenschaftler und Geographen bessere Marktchancen haben. Bei der Geographie ist allerdings zu berücksichti-

gen, daß der Ausbau des Faches ohne jeden Bezug zur aktuellen oder potentiellen Aufnahmefähigkeit denkbarer Märkte für Geographen durchgeführt worden ist.

Die derzeitigen Statistiken weisen mittlere Arbeitslosigkeit bei Wirtschaftswissenschaftlern, Juristen, Chemikern und Biologen aus.

Für Chemiker und Biologen dürfte sich mit Rücksicht auf veränderte Produktionsmethoden, zunehmende Bedeutung der Umwelttechnologien und durch den beschleunigten Einsatz der Biotechnologie mittelfristig eine sehr positive Veränderung der Arbeitsmarktchancen ergeben. Wirtschaftswissenschaftler und Juristen haben traditionell ein ungewein breit gefächertes Tätigkeitsfeld und eine Flexibilität in der Ausbildung, die erwarten läßt, daß sich Arbeitsplatzrisiken nicht verschärfen werden. Im Gegenteil ist anzunehmen, daß sich Wirtschaftswissenschaftler und Juristen im Dienstleistungsbereich zusätzliche Tätigkeitsfelder erschließen suchen werden: Beispiele sich entwickelnder Arbeitsmärkte sind die vor wenigen Jahren noch weitgehend unbekanntes Fondsverwaltungsgesellschaften und Anlageberatungen, die sowohl Wirtschaftswissenschaftlern als auch Juristen neue Aufgaben bieten. Innerhalb der typischen juristischen Arbeitsfelder wird z.B. das Sozialrecht in seiner gesamten Breite verstärkt von Volljuristen besetzt.

Für Absolventen klassischer geistes- und sprachwissenschaftlicher Studiengänge (Lehramt bzw. Magister) bietet der Arbeitsmarkt derzeit keine relevanten Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes, wenn man die zu erwartende Zahl von Hochschulabsolventen mit den Arbeitsmärkten in den Medien, Verlagen, dem Bibliothekswesen und Büchereiwesen vergleicht. Diese Feststellung wird unter anderem auch durch Untersuchungen über Arbeitsmarktchancen von habilitierten Geisteswissenschaftlern gestützt. Tatsächlich vorhandene Nischen sind zu klein, um mit ihnen quantitativ ins Gewicht fallende

Entlastungen des Arbeitsmarktes für Geisteswissenschaftler begründen zu können. In den Hochschulen zeichnen sich aber neue Studienangebote für geisteswissenschaftliche Studiengänge ab, die auf einen sich ändernden Bedarf in der Wirtschaft (s. unten S. 27 f.) reagieren. Fächerkombinationen aus den Kulturwissenschaften, besonders Sprachwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Informationswissenschaften, aber auch aus den Kulturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften eröffnen neue Beschäftigungsfelder vor allem im Auslandsgeschäft der Wirtschaft. Die Geisteswissenschaften bemühen sich damit um eine arbeitsmarktgerechte Weiterentwicklung ihrer Studienangebote nicht mehr so sehr durch Vertiefung (Nischen) als durch interdisziplinäre Zusammenarbeit der Fächer.

Der staatliche Bedarf nach Absolventen von Lehramtsstudiengängen wird in den 90er Jahren leicht steigen, hierbei aber nicht annähernd die Bedarfe der 70er Jahre erreichen. Zunehmen wird zwar ohne Zweifel der Bedarf an Weiterbildung auch im nichtstaatlichen Bereich; für die Ausübung derartiger Weiterbildungstätigkeiten kommt aber in aller Regel nicht der klassische Geisteswissenschaftler oder Pädagoge in Betracht, sondern der Hochschulabsolvent, der qualifizierte ingenieur-, natur- oder gesellschaftswissenschaftliche Fachkenntnisse mit einer pädagogischen Qualifikation verbindet. Ein typisches Beispiel für diese Qualifikationsstruktur ist der Diplomhandelslehrer, der sein Ausbildungsgepräge von der Wirtschaftswissenschaft erhält. Hier liegen Chancen für neue Ausbildungskombinationen geisteswissenschaftlicher Fächer mit Fächern anderer Fächergruppen. Sie erfordern aber ein Umdenken und teilweise andere Ausbildungsinhalte in den geisteswissenschaftlichen Fächern.

Hochschulabsolventen werden in der Zukunft vermehrt in die Selbständigkeit gehen. Dieser Trend wird durch vielfältige Maßnahmen staatlicher Stellen gefördert, sogenannte spin-offs aus den Hochschulen zu begünstigen. Dieser zunehmende Anteil an selbständigen Hochschulabsolventen wird den Arbeitsmarkt insgesamt entlasten können.

Hochschulabsolventen werden in der Zukunft bei ihrem Eintritt in das Beschäftigungssystem in Wettbewerb treten müssen mit Absolventen anderer beruflicher Bildungsgänge und deren Bestreben um beruflichen Aufstieg. Die in der Vergangenheit mit einem Hochschulstudium verbundenen Beschäftigungs-, Status- und Einkommenserwartungen werden in Zukunft nicht mehr in dem bisherigen Maße erfüllt werden. Wenn Hochschulabsolventen diese veränderten Bedingungen akzeptieren, besteht die Aussicht, daß sich der Übergang der in den nächsten Jahren stark ansteigenden Zahl von Hochschulabsolventen in das Berufsleben mittelfristig ohne schwerwiegende Friktionen vollziehen wird.

2.1.2 Innovationserfordernisse

2.1.2.1 Informatik

Die Informationstechnologien haben in den vergangenen Jahren in unerhörter Geschwindigkeit die Arbeitswelt verändert und modernisiert. Die Wirkungen der Informationstechnologien auf Wirtschaft und Gesellschaft dürfen sicher mit den Umwälzungen verglichen werden, die die Erfindung der Dampfmaschine und der Elektrizität in Wirtschaft und Gesellschaft der beiden letzten Jahrhunderte ausgelöst haben. Eine Gesellschaft, die hier den Anschluß verliert, wird rückständig. Die Schnelligkeit der technologischen Entwicklung auf diesem Gebiet macht es immer schwieriger, Modernitätsrückstände aufzuholen. Das Ausbildungssystem hat die hieraus folgenden Personalbedarfe der Wirtschaft bislang nicht befriedigen können.

Derzeit besteht eine aktuelle Personallücke von etwa 30.000 Informatikern, von denen etwa 5.000 in der Computerindustrie und 25.000 im Bereich der DV-Anwender gesucht werden.

Die immer komplexer werdende Datenverarbeitungs-, Informations- und Kommunikationstechnik verlangt zunehmend

höherqualifiziertes Personal. Das bislang vorherrschende training on the job wird ersetzt durch formalisierte Ausbildung auf höheren Qualifikationsebenen. Ähnliche Entwicklungen haben in der Vergangenheit der Maschinenbau, das Flugzeugwesen und die Elektrotechnik durchgemacht. Von den heute 250.000 Datenverarbeitungsfachkräften dürften etwa 20 % höherqualifiziertes Personal sein, das bei Ausscheiden aus dem Berufsleben durch Hochschulabsolventen ersetzt werden muß. Hieraus ergibt sich ein jährlicher Ersatzbedarf von etwa 3.000 bis 4.000 Hochschulinformatikern allein für die traditionell bereits jetzt mit entsprechendem Personal besetzten Bereiche. Es kann unterstellt werden, daß die Akademikerquote in den Computerberufen sich in den nächsten 15 Jahren verdoppeln wird. Dies bedeutet, daß weitere 3.000 bis 4.000 Hochschulabsolventen als Nachwuchs vorhanden sein müssen, um die erhöhten Qualifikationsanforderungen der Industrie decken zu können. Berücksichtigt man weiter, daß sich durch die Informatisierung immer neue Anwendungsgebiete ergeben, so ist ein jährlicher Einstellungsbedarf in Höhe von 8.000 Berufsanfängern mit Hochschulabschluß (Fachhochschule und wissenschaftliche Hochschule) realistisch. Diese Einschätzungen für das Bundesgebiet finden auch Abstützung in einer Betrachtung der Arbeitsmarktsituation in den Vereinigten Staaten. Das Hochschulsystem muß auf diese Anforderungen reagieren und die Zahl der Hauptfachabsolventen Informatik deutlich steigern.

Bund und Länder haben sich darauf verständigt, im Bundesgebiet die Zahl der Absolventen auf 4.800 bis 5.600 pro Jahr zu erhöhen.

Die Ausbildungsmöglichkeiten im Lande Nordrhein-Westfalen entsprechen weder im Fachhochschulbereich noch im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen diesen Ausbildungszielsetzungen und Arbeitsmarktbedürfnissen. Das Hauptfach Informatik kann an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes derzeit an der Technischen Hochschule Aachen, der

Universität Bonn, der Universität Dortmund und der Universität - Gesamthochschule - Paderborn sowie an der Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen studiert werden. Die Studienanfängerkapazität betrug im Wintersemester 1985/86 an den Präsenzhochschulen 597 Plätze. An der Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen haben im Wintersemester 1985/86 1.368 Studienanfänger ein Studium aufgenommen. Um etwa 30 % der bundesweit angestrebten Absolventen wissenschaftlicher Studiengänge Informatik in Nordrhein-Westfalen ausbilden zu können, strebt der MWF an, die Studienanfängerkapazität im Lande unter angemessener Berücksichtigung der Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen um knapp 300 Plätze anzuheben. Hierbei ist berücksichtigt, daß nach den bisherigen Erfahrungen mit Studenten der Fernuniversität etwa 10 bis 15 % der Studienanfänger einen Diplom- oder Magisterabschluß ablegen, während der größte Teil der Studierenden die Studienangebote zur Fort- und Weiterbildung während des Berufes nutzt. Dies gilt auch für die Informatik. Die Fernuniversität leistet damit einen wesentlichen Beitrag dazu, die oben konstatierte Lücke von 30.000 Informatikern in der Wirtschaft schnell und effizient zu schließen.

Der Ausbau der Hauptfachinformatik an den wissenschaftlichen Hochschulen soll durch Verstärkung der bestehenden Hauptfachstandorte Aachen, Dortmund und Paderborn erfolgen. Ein Ausbau der Informatik in Bonn wird mit Rücksicht auf die besondere Ausprägung des Faches und der räumlichen Situation der Hochschule derzeit nicht angestrebt. Die vorhandenen vier Standorte bieten ein regional ausgewogenes Studienangebot. Der Schwerpunkt des Ausbaus soll in Paderborn unter Nutzung der besonderen örtlichen Gegebenheiten und zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Firma Nixdorf erfolgen. In Paderborn sollen zusätzlich 160, in Dortmund 80, in Aachen 45 Studienanfängerplätze geschaffen werden. Unter Zugrundelegung der Curricularrichtwerte der Kapazitätsverordnung ergibt dies

einen Personalmehrbedarf von 53 Stellen wissenschaftlichen Personals. Die Informatik entwickelt sich zu einer Ingenieurwissenschaft und hat hohen Bedarf an nichtwissenschaftlichem Personal insbesondere in der Computerwartung, -überwachung und -bedienung. Zu den 53 Stellen wissenschaftlichen Personals muß damit noch etwa die gleiche Zahl Stellen nichtwissenschaftlichen Personals zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt sind zusätzlich kurzfristig 100 Stellen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals zu schaffen.

Für den Zeitraum des sehr hohen Bewerberandrangs erscheint es noch erforderlich, die sehr restriktiven Richtwerte der Kapazitätsverordnung zugrunde zu legen. Mittelfristig geht die Planung aber davon aus, daß auch die Informatik Betreuungsrelationen erhält, die größeren Freiraum für Forschung und für das Angebot von Wahlveranstaltungen geben. Damit dürfte sich der Personalbedarf mittelfristig um etwa 20 bis 25 % erhöhen.

Die zusätzlich auszubringenden Studienplätze werden innerhalb der Obergrenze für das Land Nordrhein-Westfalen ausgewiesen. Die Informatik benötigt mit Rücksicht auf diese Ausbauvorstellungen zusätzliche Flächen. In Aachen ist ein Flächenbedarf von knapp 1.500 qm zu decken, in Bonn ein aktuell bestehender Flächenbedarf von 775 qm, in Dortmund ein Flächenbedarf von 2.803 qm, in Paderborn (ausschließlich unter Ausbildungsgesichtspunkten) von 4.120 qm. Die erforderlichen Flächen werden abgesehen von Paderborn durch Umwidmungen geschaffen.

Das Fach Informatik ist geräteintensiv. Allein für die Ausbildung ist es erforderlich, Geräte kleinerer Größenordnung vermehrt anzuschaffen. Die vorgesehene Erhöhung der Studienanfängerkapazität erfordert zusätzlich zwischen 120 und 130 Rechner kleinerer Größenordnung. Für das wissenschaftliche Personal sind ca. 30 zusätzliche

qualifizierte Rechner und 15 zusätzliche Forschungsrechner erforderlich. Geschätzt werden hierfür Mittel in Höhe von etwa 6,5 Mio. DM erforderlich. Angehoben werden müssen auch die Mittel für die laufenden Gerätekosten, die mit ca. 10 % der Anschaffungspreise angesetzt werden. Eine Umschichtung innerhalb der entsprechenden Titel ist nicht möglich.

Mit dieser Erhöhung der Ausbildungskapazität für das Hauptfach Informatik in Nordrhein-Westfalen kann nicht der viel größere Bedarf des Arbeitsmarktes nach Hochschulabsolventen, die Informatikkenntnisse und Informatikprodukte anwenden können, gedeckt werden. Es besteht ein erheblicher Bedarf an vertieften Informatikkenntnissen bis hin zu Mischqualifikationen von Informatik und Anwendungsfachwissen in nahezu allen akademischen Berufsfeldern. Dies bedeutet, daß dem Nebenfach oder dem Vertiefungsfach Informatik in anderen Studiengängen mindestens die Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, die dem Hauptfach zuteil wird. Rein quantitativ werden etwa 10 mal so viel Hochschulabsolventen mit Anwendungsqualifikation vom Arbeitsmarkt nachgefragt werden wie Hauptfachinformatiker. Dem muß die Hochschulplanung auch im Lande Nordrhein-Westfalen Rechnung tragen.

Der Minister für Wissenschaft und Forschung ist daher entschlossen, das Nebenfach Informatik an allen Standorten wissenschaftlicher Hochschulen im Lande einzurichten. Sicherzustellen ist, daß ein Kernbestand von Informatikern an jeder Hochschule vorhanden ist, der mit sogenannten Bindestrichinformatikern aus den Fächern zusammenarbeiten kann, in denen ein Nebenfach oder ein Vertiefungsfach eingerichtet wird. Auszuschließen ist, daß die Nebenfachinformatik sich an den anderen Standorten zur Hauptfachinformatik ausdehnt. Von daher sollte eine relativ knappe Personalausstattung angestrebt werden. Es wird davon ausgegangen, daß ein Bestand von 6 bis 8 Wissenschaftlern (Professoren und Mitarbeiter) für den anwendungsfachunabhängigen Informatikteil ausreichen wird.

Dazu tritt die etwa gleiche Zahl nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter. Erforderlich ist weiterhin, daß innerhalb der Anwendungsfächer Stellen für Informatikzwecke innerhalb der Fächer umgewidmet werden. Diese Stellen werden in die Rechnung nicht einbezogen. Dies bedeutet, daß für das Nebenfach Informatik an den wissenschaftlichen Hochschulen etwa 130 zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen.

Auch das Nebenfach Informatik ist geräteintensiv. Unter der Annahme, daß etwa 10 mal so viel Nebenfachinformatiker wie Hauptfachinformatiker ausgebildet werden müssen, daß aber die Ausbildungsintensität und -dauer der Nebenfachinformatiker deutlich kürzer ist als die der Hauptfachinformatiker, daß auf der anderen Seite der Grundbedarf an Geräten des wissenschaftlichen Personals sowohl im Nebenfach als auch im Hauptfach pro Stelle gleich ist, wird unterstellt, daß etwa 20 kleinere Forschungsrechner und 40 qualifizierte PC's für das wissenschaftliche Personal beschafft werden müssen. Die Zahl der ausbildungsbezogenen PC's ist abhängig von der Zahl der Nebenfachstudenten. Der MWF strebt an, den angenommenen Bedarf des Arbeitsmarktes an Nebenfachinformatikern voll zu erfüllen. Ausgehend von der Zahl der Hauptfachabsolventen, die ausgebildet werden sollen, und der Annahme, daß die Wirtschaft etwa das 10-fache an Anwendungsinformatikern benötigt, ergibt sich, daß die Planungen von etwa 50.000 Studenten in der Regelstudienzeit mit einem Nebenfach Informatik ausgehen müssen. Um diesen Studierenden angemessene Ausbildungsmöglichkeiten zu geben, müssen etwa 1.000 PC's für Ausbildungszwecke zusätzlich für Nebenfachinformatik beschafft werden. Insgesamt dürfte dies ein Sachmittelmehrbedarf von ca. 20 Mio. DM sein.

Informatik an Fachhochschulen

Auch im Fachhochschulbereich muß die Informatik unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktbedarfe nachhaltig ausge-

baut werden. Der MWF ist hierbei allerdings der Meinung, daß die vorhandenen Studienangebote für Informationsverarbeitung und Automatisierungstechnik innerhalb der Studiengänge für Elektrotechnik an den Fachhochschulen als informatiknahe Angebote in die Planungen mit einbezogen werden müssen. Da die Abklärung mit den Fachhochschulen erst vor kurzer Zeit abgeschlossen werden konnte, sind Quantifizierungen des Bedarfs derzeit schwer möglich. Es erscheint aber plausibel, einen zusätzlichen Personalbedarf für Informatik und informatiknahe Studienrichtungen von etwa 100 Stellen im Fachhochschulbereich anzusetzen. Der Gerätebedarf dürfte nach vorläufiger Schätzung zwischen 15 und 20 Mio. DM zusätzlich liegen.

Investitionserfordernisse insgesamt

Insgesamt bedeutet dies zusätzliche Personalstellen im Umfang von etwa 330 Stellen, zusätzliche Sachmittel für Geräteinvestitionen im Umfang von etwa 41,5 bis 46,5 Mio. DM. Dazu kommen die erhöhten laufenden Kosten aufgrund der Wartungsintensität des zu beschaffenden Gerätes. Diese Kosten sind aus dem Bestand des Einzelplanes 06 nicht zu finanzieren.

2.1.2.2 Neue Technologien

Die auf Qualitätsvorsprung angewiesene Wirtschaft des Landes kann nicht auf leistungsfähige technologische Forschung an den Hochschulen als Kooperationspartner verzichten. Die Hochschulen leisten damit einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes. Die folgende Darstellung zeigt beispielhaft besonders zukunftsweisende Technologiefelder auf, bei denen bereits heute ihre hohe Bedeutung für industrielle, gewerbliche, aber auch private Anwendung festgestellt werden kann:

Umweltechnologien

In den hochverdichteten und hochindustrialisierten Räumen des Landes waren Gemeinden und Gemeindeverbände als erste mit der Verminderung und Beseitigung von Umweltschäden befaßt. Fortschrittliche Verbrennungs- und Abgasreinigungstechnik, Wasser-, Abwasser- und Klärtechnik sind in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit auf einen hohen technologischen Stand gebracht worden.

Es ist davon auszugehen, daß sich die Bevölkerungsdichte nicht wesentlich vermindern wird, daß also die Anforderungen an Umweltechnologien im Lande selbst nicht sinken werden. Die Notwendigkeit, umweltschonende Technologien einzusetzen, wird in der Zukunft noch steigen. Für das Land wird es darauf ankommen, in diesem zukunftssträchtigen Bereich Spitzentechnologien zur Verfügung zu stellen, um Märkte zu besetzen. Die Hochschulen haben die Aufgabe, bei der Entwicklung neuer Technologien in der Forschung mitzuwirken und in der Ausbildung das benötigte entsprechend qualifizierte Personal bereitzustellen.

In der Forschung sind bereits heute die Hochschulen mit natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern in der Umweltechnologie, der Umweltforschung und dem Umweltschutz tätig. Die Schwerpunkte der begonnenen Projekte betreffen

- den Umweltschutz (Altlastensanierung, Naturerhaltung),
- die Umweltechnik (Recycling, Entstaubungsfilter, Abwasserreinigung, Wärmepumpe, Korrosionsschutz, neue Oberflächenbeschichtungen, mobile und stationäre Entsorgungsanlagen) und
- Umweltanalytik (Bereitstellung von umweltrelevanten Meßverfahren und -daten, Lebensmittelkontrolle).

Bio- und Gentechnik

Das gesteigerte Bewußtsein für den Umweltschutz verlangt nach ressourcenschonenden Herstellungsverfahren und dem Ersatz chemischer durch biologische Produkte sowie verbesserten Maßnahmen zur Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung. In der Agrarwirtschaft wird zunehmend Wert auf die Reduzierung von Düngung und des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln gelegt. Weiterhin besteht die Notwendigkeit, alternative Energien zu suchen, die wirtschaftlich vertretbar die traditionellen fossilen Energien oder die Kernenergie zumindest teilweise ersetzen können. In der Medizin und der Pharmazie entwickeln sich neue Behandlungsmethoden, wird die Krankheitsfrüherkennung immer wichtiger; die Chemie wird durch neue Reagenzien teilweise erheblich verändert.

Die dargestellten wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse erfordern einen verstärkten Ausbau der Biotechnik und der Gentechnologie.

Meß- und Regeltechnik

Die Meß- und Regeltechnik ist eine Ingenieurwissenschaft mit langer Tradition. Die neuen Technologien haben gerade in diesem Bereich völlig neue Werkzeuge anzubieten. Sie werden die Meß- und Regeltechnik grundlegend verändern. Diese neue Meß- und Regeltechnik muß Einzug in die traditionellen Industriestrukturen des Landes finden. Die Hochschulen beteiligen sich in der Forschung an der Entwicklung neuer Meß- und Regeltechniken und bilden das entsprechend qualifizierte Personal für die Anwendung der neuen Technologien aus.

Mikroelektronik

Die Mikroelektronik gilt als Schlüsseltechnologie mit einem enormen Marktpotential. Sie weist auf heute unab-

schätzbar weite Anwendungsfelder hin. Von besonderer Bedeutung sind Fortschritte beim Entwurf und Test von Schaltungen; bei den Anwendern besteht eine enorm wachsende Nachfrage nach kundenspezifischen Schaltungen. Damit ist die Mikroelektronik eine Technologie, in der die Forschung nicht nur am Anfang der Entwicklung steht, sondern sie bis in die kommerziellen Anwendungen begleitet. Die Nutzung der Mikroelektronik fordert die Gesellschaft nicht nur in technischer, sondern auch kultureller und sozialer Hinsicht heraus. Die Hochschulen werden einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung auch dieser Zukunftsfragen leisten. Bereits heute wird eine Vielzahl von Projekten aus Mitteln der Initiative Zukunftstechnologien gefördert. Besonders zukunftsweisend ist die Zusammenarbeit der Universität - Gesamthochschule - Duisburg mit dem Fraunhofer-Institut für Mikroelektronische Schaltungen und dem Entwicklungszentrum der Firma Siemens in Angermund. Ebenso zukunftsweisend sind die gemeinsamen Forschungen der Nixdorf AG und der Universität - Gesamthochschule - Paderborn auf dem Gebiet hochintegrierter Schaltungen mit dem Forschungszentrum Cadlab.

Künstliche Intelligenz/Expertensysteme

Als ein bedeutendes Teilgebiet der Informatik, das sich schnell entwickelt, wird im Rahmen der Initiative Zukunftstechnologien die Forschung über Künstliche Intelligenz nachhaltig unterstützt. Hierzu gehören die Expertensysteme, Deduktionssysteme, Robotersteuerung, natürlichsprachliche Systeme und Bildverstehen. Vor allem die Expertensysteme drängen immer stärker aus den Hochschulen in die kommerzielle Anwendung. Einsatzmöglichkeiten werden in fast allen Bereichen gesehen: In der Produktionstechnik, in Wartung und Vertrieb, für Prozeßkontrolle oder Anlagenüberwachung, für Planen und Entwerfen oder auch in Banken und Versicherungen. Forschungsansätze sind an den Hochschulen weit verstreut. Sie sind nicht nur an

den wissenschaftlichen Hochschulen sondern auch an den Fachhochschulen zu finden. Diese Forschungen ergänzen die Planung, die Ausbildungskapazität in der Informatik im Lande deutlich zu erhöhen.

Elektrochemie

Die Elektrochemie orientiert sich international auf zukunftsweisende Forschungsgebiete. Neue Anwendungsgebiete ergeben sich vor allem mit der Beschichtung von Metallen. Die wichtigsten sind Korrosionsschutz, Oberflächenbehandlung, Energietechnik und Membrantechnik.

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen verfügen seit langem über eine beachtliche Forschungskapazität auf dem Gebiet der Elektrochemie. Um die vorhandenen personellen und materiellen Ausstattungen optimal zu nutzen und auf eine gemeinsame, zukunftsweisende Aufgabenstellung hin zu konzentrieren, werden Mittel aus dem Zukunftstechnologieprogramm hier gezielt eingesetzt.

Roboterentwicklung

Der deutsche Maschinenbau, der über Jahrzehnte tragende Säule des deutschen Wirtschaftsexports war, hat in den 70er Jahren seine dominierende Stelle eingebüßt. Der Weltanteil im Maschinenexport ist von 26,2 % 1974 um mehr als 20 % im Jahr 1982 gefallen. Dieser Rückstand wird durch Modernisierung der Steuerungssysteme, durch Roboterereinsatz und damit die Computerisierung des Maschinenbaus zunehmend wieder aufgeholt. Die Roboterentwicklung bringt den Maschinenbau, die Meß- und Steuertechnik und die moderne Elektrotechnik immer enger zusammen. Die weitere Zukunft dieses Industriezweiges wird durch frühzeitige erfolgreiche Adaption von neuen Technologien, also durch Qualitätssteigerung, nicht durch Kostenminimierung um jeden Preis, bestimmt werden.

Der Forschung an den Hochschulen fällt hier die Aufgabe zu, auch in Zusammenarbeit mit der Industrie die Roboter-technologie zu verbessern. Bereits jetzt arbeiten größere Forschergruppen interdisziplinär an der "Fabrik der Zukunft", einem Projekt, das Bestandteil der europäischen Forschungsinitiative ist.

In der Ausbildung bedeutet dies, daß im Maschinenbau und in der Elektrotechnik sowie der Fertigungstechnik die Computerisierung nachdrücklich vorangetrieben werden muß, um entsprechend qualifiziertes Personal in der Zukunft für diese zukunftsweisenden Industriezweige zur Verfügung zu haben.

Der deutsche Maschinenbau wird in der Zukunft ganz wesentlich auch von den Fortschritten anwendungsorientierter Forschung bei der Lasertechnik abhängen. Die Lasertechnik bietet vollkommen neue Möglichkeiten bei der Bearbeitung von Werkstoffen und ist damit für einen innovativen Maschinenbau unverzichtbar.

Weltraumtechnologien

Zukunftsorientierte Firmen aus der zivilen Raumfahrtindustrie, dem Maschinenbau und der Metallverarbeitung zeigen großes Interesse an den Weltraumtechnologien, deren Besonderheit die Forschung unter Schwerelosigkeit ist. Anwendungsorientierte Forschung in den Hochschulen und in außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes schafft Voraussetzungen dafür, daß zukünftige Chancen dieser neuen Technologien besser abgeschätzt werden können.

Oberflächenforschung

Die Oberflächenforschung hat insbesondere im Umweltbereich erhebliche Bedeutung. Oberflächenbeschichtungen haben große Auswirkungen auf Umweltverträglichkeit von Materialien.

Die Hochschulforschung im Lande hat einen Schwerpunkt auf diesem Gebiet in der Oberflächenanalytik.

Die genannten Beispiele zeigen, daß in der anwendungsnahen Forschung, der Technologie, eine große Zahl neuer Aufgaben auch auf die Hochschulen in Forschung und Entwicklung zukommt, die nur mit ausreichender Personal- und Sachmittelausstattung angemessen bewältigt werden können. Die erforderlichen Maßnahmen werden derzeit aus Programmmitteln der Initiative Zukunftstechnologien finanziert. Sie bedürfen einer langfristig sicheren Finanzierungsbasis; es handelt sich hier nicht um Programmbestandteile, die kurzfristig entwickelt und durchgeführt werden können, sondern um langfristige Aufgaben, die zu erfüllen nur möglich ist, wenn in den normalen Haushalten entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

2.1.2.3 Regionalstudien

Die auf Export angewiesene Wirtschaft Nordrhein-Westfalens verlangt verstärkt nach speziell auf außenwirtschaftliche Bedürfnisse hin orientierte Qualifikationsmöglichkeiten. Nachgefragt werden Angebote auf unterschiedlichen Ebenen, beginnend mit Kursen bei den Industrie- und Handelskammern bis zu Hochschulveranstaltungen. Vordergründig geht es vor allem um außenwirtschaftliche Lehrangebote unter Bezugnahme auf Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre. Dies reicht mittelfristig aber nicht aus. Der asiatische und pazifische Raum wird in der Zukunft noch größere Bedeutung für Exporterfolge der nordrhein-westfälischen Wirtschaft haben. Kleine und mittlere Unternehmen werden gezwungen sein, sich am Exportgeschäft zu beteiligen. Erfolg oder Mißerfolg von Exportaktivitäten gerade in den genannten Bereichen hängen sehr stark auch davon ab, daß den kulturellen Gegebenheiten der Regionen angemessen durch die exportierenden Firmen Rechnung getragen werden kann. Fehler im Umgang mit potentiellen Vertragspartnern können

durch Information über Geschichte, Kultur, soziale, politische und geopolitische Befindlichkeit der jeweiligen Region vermieden werden. Die Kenntnis der Sprache führt zu verbesserten Möglichkeiten, Märkte zu erschließen. Hinzutreten müssen solide wirtschaftswissenschaftliche oder ingenieur- bzw. naturwissenschaftliche Fachkenntnisse, die es dem Repräsentanten ermöglichen, auf dem zu vertretenden Gebiet kompetenter und sachverständiger Gesprächspartner zu sein.

Im Hochschulbereich existieren Ausbildungsmöglichkeiten dieser Art, die eine Kombination von Wirtschaftswissenschaften, Ingenieur- oder Naturwissenschaften, Sprachen und landeskundlichen (geographischen, politologischen und soziologischen) Anteilen erfordern, nur vereinzelt. An den Hochschulen werden zwar bereits jetzt die wesentlichen pazifischen und asiatischen Sprachen ebenso wie Spanisch und Portugiesisch unter besonderer Berücksichtigung Südamerikas gelehrt, der Anwendungsbezug im oben beschriebenen Sinne fehlt aber regelmäßig. Es fehlt mit Ausnahme geringer Bestandteile der Landeskunde im Rahmen der philologischen Studien die Verbindung zur Politologie, Soziologie und Geographie. Eine inhaltliche Bezugnahme auf wirtschaftswissenschaftliche oder natur- und ingenieurwissenschaftliche Hauptfächer läßt sich im traditionellen Magisterstudium an den Hochschulen nicht sicherstellen. Die Hochschulen haben erkannt, daß für einen großen Teil der Philologien in der Organisation sogenannter Regionalstudien (Area studies) neue Möglichkeiten liegen, zusätzliche Studienbewerber anzusprechen und die Fachinhalte der Philologien zu modernisieren. Beispiele für derartige Entwicklungen lassen sich bereits jetzt an der Universität Bochum, der Universität Bonn und der Universität - Gesamthochschule - Duisburg nachweisen. Andere Hochschulen befinden sich in konkreten Planungen für derartige Studien, die zu einer inhaltlichen Veränderung der betroffenen Nationalphilologien und zu Veränderungen in der Personalstruktur führen dürften.

2.1.2.4 Neue Medien und Künstlerische Ausbildung

Technologische Entwicklung und das veränderte Verhältnis von Arbeit und Freizeit schaffen neue Äußerungsformen künstlerischer Kreativität und Möglichkeiten der Rezeption künstlerischer Gestaltung und Darstellung. Es entspricht einem gesellschaftspolitisch begründeten Anspruch, auf der einen Seite individuelle künstlerische Neigungen und Begabungen zu fördern, auf der anderen Seite neuen Anforderungen an künstlerische und künstlerisch-technische Ausbildung zu entsprechen, die sich aus der technologischen Entwicklung ergeben.

Nordrhein-Westfalen verfügt unbestritten über die dichteste und differenzierteste Theaterlandschaft in der Bundesrepublik. Neben einer Vielzahl kleinerer, zum Teil privater Theater, gibt es eine große Zahl kommunaler und staatlicher Sprech- und Musiktheater. Ausbildungsmöglichkeiten, die konzentriert unter Einbezug der verschiedenen Äußerungsformen auf Bühnenberufe vorbereiten, finden sich nur ansatzweise an den Musikhochschulen des Landes, an der Kunstakademie und an den Fachhochschulen. Ein neues Ausbildungskonzept, in dem Gesang, Sprechtheater und Tanz zusammengefaßt sind, in dem der Regie und Dramaturgie eine modernem Verständnis von Regietheater angemessene Bedeutung zugemessen werden und in dem das Bühnenbild und die Kostümgestaltung im Zusammenhang mit den darstellenden Künsten gelehrt werden kann, würde Nordrhein-Westfalen zu einem Zentrum der Ausbildung in Bühnenberufen machen, seine Attraktivität für Künstlerpersönlichkeiten steigern und den Bühnen besser ausgebildeten Bühnennachwuchs zur Verfügung stellen.

Die Musikhochschule Ruhr bietet im Lande die besten Ansätze, ein solches Zentrum für die Ausbildung zu Bühnenberufen zu werden. Es kann an Vorhandenes angeknüpft werden, Bestehendes ist zu ergänzen, das Bühnenbild ist in den ihm gemäßen Ausbildungsrahmen einer Hochschule für Musik und Darstellende Künste hineinzustellen.

Film und Fernsehen sind heute beherrschende Darstellungsformen. Sie haben einen nicht unbeträchtlichen Teil des Kunst- und Kulturbetriebes übernommen und gewinnen zusätzlich an Bedeutung. Mit der Videoproduktion ist darüber hinaus ein ständig expandierender Medienmarkt entstanden. In diesen Zusammenhang sind auch Photodesign, Holographie und andere visuelle Medien als neue, auch künstlerische Ausdrucksformen zu stellen. Das Interesse an künstlerischer, technischer und wirtschaftlicher Ausbildung im Bereich visueller Medien ist erheblich gestiegen. Im Hinblick auf den sich ausbreitenden privaten Markt entsteht zugleich ein öffentliches Interesse, qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten.

Nordrhein-Westfalen und speziell Köln als Sitz mehrerer Rundfunk- und Fernsehanstalten, als Stadt mit ausgeprägter Kunstszene und als zukünftiges Medienzentrum (Media Park) verfügt dabei über günstige Ausgangsvoraussetzungen. Die Schaffung einer Ausbildungseinrichtung für die visuellen Medien würde die Attraktivität des Landes als Medienstandort erhöhen. Es wäre möglich, neben München einen zweiten Schwerpunkt der Ausbildung in den audiovisuellen Medien zu schaffen, in dem sowohl künstlerisch als auch technisch-wirtschaftlich ausgebildet werden würde.

2.1.2.5 Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor ist in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen hochindustrialisierten westlichen Industrieländern deutlich schwächer ausgeprägt. Während in den USA der Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen 1982 66,1 % betrug, betrug er in der Bundesrepublik lediglich 55,4 %. Es ist nicht anzunehmen, daß die Verhältnisse des Arbeitsmarktes der USA sich auf den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland übertragen werden, da die Ausgangslage eine ganz andere ist und bei der starken Exportorientierung

der deutschen Wirtschaft der Fertigungsbereich eine stärkere Dominanz haben wird als in den USA. Die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, die Verfeinerung der technologischen Entwicklung und die neuen Kommunikationswege werden aber mit großer Sicherheit im Bereich der produktorientierten Dienstleistungen zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten eröffnen, da z.B. das externe Beratungswesen für Firmen erheblich an Bedeutung gewinnen dürfte. Schwieriger dürfte die Situation bei den Dienstleistungen im Humanbereich sein, deren verstärkte Inanspruchnahme ganz wesentlich von der Akzeptanz zukünftiger Nutzer und ihrer Inanspruchnahme durch sonstige soziale Kosten abhängen wird. Die langfristig vermehrt zur Verfügung stehende Freizeit - selbst bei gleichbleibender oder verlängerter Lebensarbeitszeit - kann zu vermehrter Inanspruchnahme privater Dienstleistungen im sportlichen und künstlerischen Bereich führen. Dienstleistungen für ältere Menschen werden an Bedeutung gewinnen, und zwar nicht nur im traditionell engen sozialpflegerischen Sinne, sondern durchaus auch im Sinne hauswirtschaftlicher und ökonomischer Dienstleistungen wie etwa bei Wirtschafts- und Kontenführung. Für die Hochschulen bedeutet dies, daß in der Ausbildung sowohl für produktorientierte Dienstleistungen als auch für Dienstleistungen im Humanbereich Veränderungen eintreten werden. Vor allen Dingen bei den sozialen Dienstleistungsberufen wird sich das relative Gewicht der Zielgruppen, für die ausgebildet wird, deutlich verändern. Die Beratung und Betreuung älterer Menschen wird gegenüber pädagogischen oder sozialpflegerischen Ausrichtungen für Kinder und Jugendliche in den Vordergrund treten. Es wird nicht mehr alleine darum gehen, Qualifikationen des engeren Bereichs der Sozialarbeit und Sozialpflege zu vermitteln, sondern darüber hinausgehende betriebswirtschaftliche und ggf. auch juristische Qualifikationen. Auch im Dienstleistungsbereich können sich für Absolventen kulturwissenschaftlicher Studiengänge bei entsprechender inhaltlicher Anpassung der Ausbildung neue Tätigkeitsfelder eröffnen.

2.2 Forschung

2.2.1 Forschung und Ausbildung

Die Hochschulen des Landes haben in der Vergangenheit trotz der enorm gestiegenen Ausbildungsaufgaben, denen die Personalentwicklung nicht gefolgt ist, hervorragende Leistungen in der Forschung erbracht. Die Zahl von 38 Sonderforschungsbereichen (Stand 1986) in Nordrhein-Westfalen, die Tatsache, daß von diesen 25 nach 1980 bewilligt worden sind, beweist, daß unsere Hochschulen zu herausragenden Forschungsanstrengungen auch weiterhin befähigt sind. Deutlich wird aber auch, daß geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Sonderforschungsbereiche im Lande kaum vorhanden sind und daß die großen Hochschulen mit geisteswissenschaftlicher Tradition wie Bonn, Köln und Münster im Verhältnis zur Größe des Personalbestandes bei Sonderforschungsbereichen eher unterrepräsentiert sind. Da diese Hochschulen in der Vergangenheit durchgängig die größten Ausbildungslasten in allen Fächergruppen getragen haben, spricht manches dafür, daß Überbeanspruchung in der Lehre davon abgehalten hat, besondere Herausforderungen in der Forschung, wie sie Sonderforschungsbereiche nun einmal darstellen, anzunehmen. Die den Hochschulen in der Vergangenheit in steigendem Umfang zugeflossenen Notzuschlagsmittel wurden aufgrund ihrer spezifischen Zweckbestimmung im wesentlichen für Zwecke der Lehre eingesetzt.

Die Auslastungsberechnungen der Vergangenheit basierten auf den strengen Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht an die erschöpfende Nutzung der Ausbildungskapazitäten der Hochschulen geknüpft hat. Erschöpfende Nutzung der Ausbildungskapazitäten, die Inanspruchnahme von Personalkategorien für die Lehre, die hierfür nie vorgesehen waren, die Umwandlung von forschungsorientierten Stellen in ausbildungsorientierte Stellen zur Erhöhung der Lehrleistung hat in vielen Fächern in der Ver-

gangenheit zu erheblichen Beschränkungen in der Forschungsfähigkeit geführt. Wichtige Aspekte der Aufgabenstellung der Hochschulen wie etwa die intensive Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind vernachlässigt worden. Die immer länger werdenden Zeiten für die Anfertigung von Dissertationen sind hierfür ein Indikator. Es mag auch sein, daß Fächer der Versuchung nicht widerstanden haben, Studienabschlußarbeiten in Forschungsvorhaben einzubinden und sie damit thematisch zu überfrachten mit der Folge, daß auch die Zeiten für die Anfertigung von Diplomarbeiten immer länger wurden und ihre Funktion nicht mehr der in den Prüfungsordnungen vorgesehenen Leistungsbewertung entspricht.

Zeiten zurückgehender Studienanfängerzahlen müssen jetzt genutzt werden, die Forschungsfähigkeit der Hochschulen insgesamt zu verbessern und hierbei vor allem die ausbildungskapazitätssteigernden Personalstrukturmaßnahmen der Vergangenheit angemessen zu revidieren.

2.2.2 Hochschulforschung und regionale Entwicklung

Die Hochschulen sind mit ihrer Forschung zu einem wichtigen Impulsgeber für die Infrastrukturverbesserung ihrer Regionen geworden. Sie hat mehr wissenschaftliches Potential wirkungsvoll auch für die Belange ihrer Umgebung eingesetzt. An vielen Standorten funktioniert die Zusammenarbeit der Hochschulen mit den Partnern des Prozesses für ökonomische und ökologische Erneuerung (Städten, Industrie- und Handelskammern und Industrie) sehr gut. Das innovative Potential der Hochschulen hat sich unter anderem ausgewirkt

- durch Firmenneugründungen von Hochschulangehörigen in der Hochschulregion,
- durch Bestandsicherung für vorhandene Unternehmen durch Inanspruchnahme des Know how der Hochschulen

- als Bleibeargument für vorhandene an sich "abwanderungswillige" Firmen (s. z.B. Paderborn)
- als Ansiedlungsargument für bisher nicht ansässige Unternehmen unter dem Gesichtspunkt möglicher Kooperationen mit der Hochschule (s. z.B. Duisburg und Aachen)
- als Gesichtspunkt für die Gründung neuer Unternehmen wegen der Kooperationsmöglichkeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen (vor allem in Technologiezentren).

Mit den Technologietransferstellen, die zum größeren Teil auf Mitteln des Programms Zukunftstechnologien finanziert werden, habe die Hochschulen das Instrumentarium verbessert, Wissenstransfer zwischen Hochschulen und regionaler Industrie und Wirtschaft sowie den regionalen Gebietskörperschaften zu intensivieren, in dessen Rahmen in erheblichem Umfang Forschungs- und Entwicklungsaufträge erfüllt werden. Schwellenängste der kleinen und mittleren Unternehmen vor einem Kontakt mit den Hochschulen konnten so weitgehend abgebaut werden. Die Zielsetzung, Innovationsimpulse insbesondere auch den kleinen und mittleren Unternehmen zu geben, kann damit erreicht werden. Alle Hochschulen zeigen die Bereitschaft, sich mit ihrem Forschungspotential den Problemen der Region zu öffnen und zu ihrer Lösung beizutragen.

Beispiele intensiver Interaktion zwischen Wirtschaft der Region und Hochschule sind die Forschungszusammenarbeit der Universität - Gesamthochschule - Siegen mit den dortigen Stahlwerken, die Zusammenarbeit der Universität Bielefeld auf dem Gebiet der Biologie mit der ortsansässigen Industrie, vor allem aber die intensive Zusammenarbeit der Firma Nixdorf mit der Universität - Gesamthochschule - Paderborn nicht nur auf dem engeren Gebiet der Informatik, sondern vor allem auch auf den Gebieten der Elektroindustrie und des Maschinenbaus. Die Attraktivität des Standortes Paderborn für die Industrie hat sich durch die Hochschule verbessert, auf der anderen

Seite ist die ortsansässige Industrie in bestimmten Feldern durchaus ein Magnet für qualifizierte Wissenschaftler. Die Zusammenarbeit wirkt sich zwischenzeitlich auch positiv auf andere Fächer aus. So ist die Stiftungsprofessur für Sportmedizin eine unmittelbare Folge der engen Kooperation der Hochschule mit der Firma Nixdorf. Daß die Hochschulen die Industrie zunehmend als Kooperationspartner in der Forschung erkennen, läßt sich auch an dem sprunghaft gestiegenen Anteil der Drittmittel aus nicht-staatlichen oder staatlich finanzierten Quellen seit 1979 nachweisen. Nachzieheffekte leistungsfähiger Hochschulforschung können am Beispiel der Mikroelektronik der Universität - Gesamthochschule - Duisburg beobachtet werden: Nachdem das Fraunhofer-Institut für Mikroelektronik in Duisburg angesiedelt wurde, folgte erst kürzlich das Entwicklungszentrum der Firma Siemens. In der Region entstand so ein Forschungsverbund von Hochschule, hochschulnahe anwendungsbezogenem Forschungsinstitut und industriellem Forschungszentrum. Auch die Niederlassung des führenden japanischen Medizingeräteherstellers Shimadzu erfolgte mit Blick auf die Forschungseinrichtungen in der Mikroelektronik in Duisburg.

2.2.3 Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Die Zahl der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist in den vergangenen Jahren im Lande Nordrhein-Westfalen deutlich angewachsen. Mit dieser Entwicklung wird aber lediglich ein Rückstand des Landes gegenüber anderen Ländern verringert. Ein Auszug der Forschung aus den Hochschulen ist hiermit nicht verbunden. Im Gegenteil führt das in Nordrhein-Westfalen durchgängig angewendete Prinzip der gemeinsamen Berufungen unter engen Kooperationen mit am Ort befindlichen Hochschulen bei der Errichtung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zu Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen nutzen das Reservoir an motivierten Studenten der am Ort befindlichen

Hochschulen, die Hochschulen den qualifizierten und hochspezialisierten Sachverstand der in Forschungseinrichtungen Tätigen und im Einzelfall ihre Sachausstattung.

Bei der Abteilung Jülich der Fachhochschule Aachen hat die engere Zusammenarbeit mit der Kernforschungsanlage Jülich zu einem Innovationsschub geführt, aufgrund dessen die Abteilung heute eines der zukunftsweisendsten Fächerspektren der Fachhochschulen des Landes aufweist. Dieses sehr schmale, aber hochmoderne Fächerspektrum hat zu weit überdurchschnittlichen Steigerungen in der Nachfrage nach Studienplätzen an der Abteilung geführt.

2.3 Weiterbildung

Die Weiterbildung ist - und wird zunehmend - ein unerlässlicher Faktor für eine wirtschaftlich und sozialverträglich fortschreitende Entwicklung des Landes. Auch die wissenschaftliche Weiterbildung als eine Aufgabe der Hochschulen wird an Bedeutung zunehmen, weil

- sozialer und technologischer Wandel eine ständige Anpassung der Berufsqualifikationen erforderlich machen wird und
- die Weitergabe neuer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse auf kürzestem Wege an die Verwerter und Multiplikatoren für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes unverzichtbar ist und damit eine besonders wirksame Form von Forschungs- und Technologietransfer im Sinne der Regierungserklärung vom 13.06.1984 zu "Perspektiven der Technologie- und Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen" darstellt.

Für die Hochschulen ergeben sich zwei Aufgabengebiete:

- Veranstaltungen der wissenschaftlichen Weiterbildung als Einzel- oder Blockveranstaltungen (punktuelle wis-

senschaftliche Weiterbildung) mit begrenzter Thematik zur Weitergabe neuer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse auf kürzestem Wege. Diese punktuelle wissenschaftliche Weiterbildung ist eine besonders wirksame Form des Forschungs- und Technologietransfers.

- Weiterbildendes Studium als besondere Form der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen, die ein strukturiertes Lehrangebot voraussetzt, das inhaltlich durch Zielgruppe und Studienziel definiert, in Abschnitte gegliedert und auf eine gewisse Dauer des Studierens angelegt ist.

Die Konzeption einer Weiterbildung an Hochschulen wird von dem bildungspolitischen Ansatz der Weiterbildung als Instrument eines mit der Ausbildung nicht endenden Lern- und Qualifikationsprozesses ausgehen müssen. Dieser Ansatz läßt sich in bezug auf die wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen im wesentlichen durch zwei Aussagen konkretisieren:

- Auch im tertiären Bereich können das durch die Ausbildung erworbene Wissen und die durch das Studium vermittelte Qualifikation nicht für ein ganzes Berufsleben ausreichen. Die im Beruf entstehenden Defizite an Wissen und Fähigkeiten müssen aufgearbeitet, der Wissensstand aufgrund neuer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse ständig aufgefrischt und angepaßt werden.
- Im Gesamtspektrum der Erwachsenenbildung gibt es einen Bereich berufsbezogener, aber auch allgemeiner, berufs-unabhängiger (Weiter-)Bildungsbedürfnisse, die nur durch die Hochschulen allein oder durch ihre Beteiligung befriedigt werden können, weil dazu erforderlicher Wissenstransfer aus dem Bestand der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse der Hochschulen kommen muß.

Den Hochschulen wird damit zunehmend eine feste Funktion in dem - bei ihnen weithin noch unbestellten - Feld der Weiterbildung zugewiesen. Sie müssen ihre Funktion in der Weiterbildung als weitere Hochschulaufgabe begreifen, als einen Auftrag zum Transfer von Wissen, der sich im Kern nicht von ihren traditionellen Aufgaben in Lehre und Forschung unterscheidet. Dabei sollen und müssen die Hochschulen sich auf Gebiete beschränken, die nach den Hochschulgesetzen ihrem Auftrag entsprechen und für die sie eine besondere Kompetenz besitzen. Zu den Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen gehören also weder propädeutische Angebote noch die Popularisierung von Fachwissenschaft (auf einem nicht hochschulgemäßen Niveau).

Für die nächsten Jahre ergibt sich ein klarer Vorrang für die Einzel- und Blockveranstaltungen der wissenschaftlichen Weiterbildung als aktuelle und kurzfristig zu realisierende Form des Wissens- und Technologietransfers (Veranstaltungsblöcke und -kurse oder Einzelveranstaltungen). Dies wird in Kooperation mit anderen Trägern der Weiterbildung oder auch in eigener Zuständigkeit der Hochschulen erfolgen. Gerade diese Funktion und Bedeutung wissenschaftlicher Weiterbildung als Maßnahme zur raschen Umsetzung neuer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in die Praxis hat ihren Stellenwert in letzter Zeit zunehmend gesteigert. Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen müssen in dieser Entwicklung den ihnen zukommenden Platz einnehmen und behaupten.

2.4 Prognose der Entwicklung der Fächergruppen

Die Entwicklung der Fächergruppen an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes hängt von den vermuteten Berufsaussichten, von der wissenschaftlichen Entwicklung der betroffenen Fächer und ihrem bisherigen Ausbau ab. Die Arbeitsmarktprognosen zeigen, daß Absolventen ingenieurwissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Studiengänge mit Ausnahme der Architekten und Bauingenieure

mittlere bis günstige Berufschancen haben. Gleiches gilt für Absolventen der Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaften. Schlechte Berufsaussichten existieren für Absolventen der Kulturwissenschaften und innerhalb der Gesellschaftswissenschaften der sozialwissenschaftlichen Fächer. Die Gründe für die uneinheitliche Entwicklung der Fächer in der Vergangenheit sind vielfältig.

Die Personalausweitungen in den Geisteswissenschaften beruhen zum einen auf strukturellen Veränderungen in der Lehrerausbildung, durch die Pädagogik, Psychologie, Soziologie und Politologie aufgewertet wurden, sie beruhen vor allem aber auf der quantitativen Ausweitung der Lehrerausbildung aufgrund des hohen Bedarfs des Kultusministers und der starken Nachfrage nach Lehramtsstudienplätzen.

In der Pädagogik und der Psychologie stieg der Personalbedarf zusätzlich dadurch an, daß Diplomstudiengänge für Pädagogik und für Psychologie vermehrt eingeführt wurden. In den Naturwissenschaften ist auffällig die starke Personalsteigerung in der Geographie, die durch die vermehrte Einführung von Diplomstudiengängen oder Magisterhauptfachstudiengängen Geographie begründet war. Die Personalsteigerungen in der Mathematik lassen sich nicht durch Lehramtsbedarfe oder fachliche Veränderungen der Mathematik selbst erklären, sie beruhen zu einem wesentlichen Teil auf gestiegenen Anforderungen anderer Fächer nach Dienstleistungen der Mathematik, z.B. der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften.

Die Personalveränderungen in Biologie, Chemie, Physik, Maschinenbau und Elektrotechnik beruhen zu einem sehr großen Teil auf stärkerer Binnendifferenzierung der Fächer und veränderten Aufgabenstellungen. Das beste Beispiel hierfür ist die Biologie, die sich von einer überschaubaren Beobachtungswissenschaft zu einer der zentralen Naturwissenschaften sprunghaft weiterentwickelt und ausdifferenziert hat, in die Medizin, die Chemie und die Physik hinübergreift und entscheidend die zukünftige

Entwicklung des Sozialsystems mitbestimmen wird. Bezogen auf diese extreme Veränderung der Arbeitsbereiche ist die Vergrößerung des Personalbestandes in der Biologie im Verhältnis zu anderen Fächern eher unterproportional.

Ein Vergleich der unterschiedlichen Entwicklung der Fächer und Fächergruppen sowie der bisher erkennbaren und für die Zukunft projektierbaren Arbeitsmarktchancen für Absolventen dieser Fächer zeigt, daß vielfach eine Konkurrenz zwischen personellem Ausbau der Fächer, ihrer wissenschaftlichen Entwicklung, der Nachfrage nach Studienplätzen in diesen Fächern und dem Bedarf des Arbeitsmarktes besteht. Dies gilt für weite Bereiche der Naturwissenschaften, der Gesellschaftswissenschaften und der Ingenieurwissenschaften. In den Kulturwissenschaften orientierte sich der Ausbau im wesentlichen an einem zwischenzeitlich befriedigten Einstellungsbedarf der Schule und am Selbstergänzungsbedarf des Hochschulsystems. Der gegenwärtige und prognostizierbare zukünftige Einstellungsbedarf für Absolventen von Studiengängen dieser Fächergruppe entspricht hingegen nicht mehr dem erfolgten Ausbau. Ähnliches gilt für die Sozialwissenschaften, das Bauingenieurwesen und die Architektur sowie u.a. für die Mathematik, in Teilbereichen wohl auch für die Physik. Die Verschiebungen in der Verteilung der Studienanfänger auf die einzelnen Fächergruppen deutet darauf hin, daß Studienbewerber relativ schnell und sensibel auf veränderte Berufschancen für Absolventen bestimmter Studiengänge reagieren. In der Tat zeigen die Studienanfängerzahlen der Vergangenheit, daß sich eine Verschiebung zwischen Kulturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften auf der einen Seite zu Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften auf der anderen Seite ergeben hat. Bei den Studienanfängern des Wintersemesters 1986/87 beträgt der Anteil der Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften 45 %, der der Kulturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften 55 %. 1981/82 betrug das Verhältnis noch 40 : 60 % (jeweils erstes und zweites Hochschulsemester).

Ein Vergleich der Zahlen für erste Hochschulsemester und erste Fachsemester läßt vermuten, daß einem weiteren deutlichen Zuwachs der Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften offenbar doch Grenzen gesetzt sind: Die Zahl der Studienanfänger im ersten Fachsemester in Kultur- und Gesellschaftswissenschaften, die nicht gleichzeitig erste Hochschulsemester sind, deutet darauf hin, daß ein Teil der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften im Verlauf des Studiums in die Gesellschaftswissenschaften und Kulturwissenschaften überwechselt. Der Anteil der ersten Fachsemester in Kultur- und Gesellschaftswissenschaften betrug 1986/87 60 %, in den Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften 40 %. Auch hier ist allerdings eine Verschiebung der Prozentanteile zu 1981/82 um etwa jeweils 4 % zugunsten der Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften zu verzeichnen. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, daß die ungünstigen Arbeitsmarktchancen in den kulturwissenschaftlichen Fächern sich bereits voll bei der Nachfrage nach Studienplätzen in der Vergangenheit ausgewirkt haben und daß ein weiterer überproportionaler, durch ungünstige Beschäftigungschancen motivierter Nachfragerückgang nicht mehr zu erwarten ist.

Unter Ausbildungsgesichtspunkten dürften sich daher die Fächergruppen in der Zukunft im wesentlichen ähnlich entwickeln. Dies schließt nicht aus, daß einzelne Fächer erhebliche Nachfrageeinbrüche erleiden werden, wenn sich Beschäftigungschancen verändern. Dies gilt wohl vor allem für Architekten und Bauingenieure.

Unter Forschungsgesichtspunkten werden Expansionstendenzen vor allem in der Biologie, der Chemie, der Elektrotechnik und dem Maschinenbau, aber auch in wichtigen Bereichen der Physik unterstellt.

In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften dürfte das Interesse an außereuropäischen Kulturen, an sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen, an der Einbeziehung neuer Medien in Sprach- und Literaturwissen-

schaften sowie an empirischen Untersuchungen im Bereich der Pädagogik, Psychologie und der Sozialwissenschaften zunehmen. Sie werden wesentliche Quelle unserer kulturellen Orientierung sein, und sie werden in ihrer Funktion als wichtige Grundlage des Verständnisses sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Vorgänge in noch stärkerem Maße als bisher den Dialog zu den Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften suchen. Es eröffnen sich hier neue Interaktionsfelder, denen die Hochschulen auch organisatorisch Raum schaffen müssen. Geistes- und Sozialwissenschaften werden hier grundlegende Orientierungen anbieten können, aber auch aktuelle Fragestellungen zur Sozialverträglichkeit anzugehen haben.

Es zeigt sich, daß sich in den Geisteswissenschaften die Forschungsinhalte wahrscheinlich verschieben werden, daß auch hier erhebliche Forschungsbedarfe und sogar Nachholbedarfe zu befriedigen sind.

Die vergleichende Übersicht über die Personalentwicklung (s. vorne 1.1) in den einzelnen Fächern macht allerdings auch deutlich, daß diese Forschungsbedarfe keinesfalls mit entsprechenden Personalvermehrungen einhergehen müssen.

An den Fachhochschulen ist davon auszugehen, daß sich das gegenwärtige Verhältnis von 60 % : 40 % zwischen Ingenieur- und Naturwissenschaften einerseits und Kultur- und Gesellschaftswissenschaften andererseits nicht verändern wird.

2.5 Demographische Entwicklung

Nach der Bevölkerungsprognose der Landesregierung wird sich die Zahl der 0 bis 18-jährigen Einwohner Nordrhein-Westfalens von 1984 bis zum Jahre 2010 um gut ein Drittel verringern. Die Zahl der 16 bis 18-jährigen wird im gleichen Zeitraum um mehr als 40 % zurückgehen. Die Zahl der über 60-jährigen wird um fast 18 % im gleichen Zeitraum steigen. Die Zahl der 19 bis 59-jährigen wird langfristig um rund 13 % abnehmen.

Diese allgemeine demographische Entwicklung, die Bevölkerungsbewegungen, die sich vor allen Dingen aus EG-Maßnahmen ergeben könnten, unberücksichtigt läßt und von einem stabilen Ausländeranteil in Nordrhein-Westfalen ausgeht, wird sich auch auf Forschungsinteressen und Ausbildungsangebote der Hochschulen auswirken: Dienstleistungen für ältere Menschen werden bei unterstellten weiterhin verfügbaren relativ hohen Einkommen deutlich stärker nachgefragt werden als derzeit. Dagegen wird der Dienstleistungsbedarf für Kinder und Jugendliche eher zurückgehen. Medizinische Dienstleistungen werden in hohem Maße von älteren Menschen in Anspruch genommen. Auch hier werden sich Verschiebungen in den medizinischen Tätigkeiten ergeben können.

Die Tatsache, daß weniger im Erwerbsleben stehenden eine größere Zahl von aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen gegenübersteht, wird das Bestreben nach erhöhter Produktivität der Wirtschaft steigern und damit weiterhin hohe Anforderungen an technologische Innovation auch aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich heraus stellen.

2.6 Bildungsbeteiligung

2.6.1 Schülerentwicklung

Die Schulpolitik der Landesregierung bleibt weiter darauf ausgerichtet, Möglichkeiten zu höher qualifizierenden Schulabschlüssen offen zu halten und entsprechende Interessen zu fördern. Folge dieser Politik ist es, daß sich in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife von 1985 bis zum Jahre 2000 nur um gut ein Drittel verringern wird. Der Rückgang der 16 bis 18-jährigen Wohnbevölkerung beträgt im gleichen Zeitraum etwa 42 %. Der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung wird daher in Nordrhein-Westfalen von derzeit 32,8 % auf 38,1 % steigen und auch in den Folgejahren im wesentlichen konstant bleiben. Bemerkenswert ist hierbei, daß der

Anteil der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigungen von knapp 23 % auf 28,8 % um 25 % steigen wird, während der Anteil der Fachhochschulreifen von 9,9 % um 6 % auf 9,3 % zurückgehen wird.

Der Rückgang der Zahl der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigungen beginnt bereits im diesem Jahr deutlich und setzt sich bis 1995 rapide fort. Die Abgängerzahlen sinken von 90.460 1987 auf 61.410 1995. Danach bleiben die Schulabgängerzahlen mit leichter Tendenz nach oben konstant. Es ist daher gerechtfertigt, bei den Prognosen Schülerzahlen des Jahres 2000 mit 63.400 zugrunde zu legen und nicht den Tiefststand der Schulabgängerzahlen für Perspektiven des Hochschulbereichs zu verwenden, der im Jahre 1998 liegen dürfte.

2.6.2 Studienanfänger

Die Zahl der Studienanfänger hängt ganz wesentlich von der Übergangsquote aus dem Schulsystem in das Hochschulsystem ab. Verlässliche Prognosen lassen sich kaum stellen, da das Übergangsverhalten von einer Vielzahl von Variablen abhängig ist, auf die das Bildungssystem kaum Einfluß hat. Die Kultusministerkonferenz rechnet bundesweit mit Übergangsvarianten von 70, 80 und 60 % der Studienberechtigten eines Jahrganges.

Der MWF glaubt derzeit, für Nordrhein-Westfalen von einer Übergangsquote von langfristig 65 % ausgehen zu sollen. Diese Schätzung beruht auf folgenden Annahmen:

- Es wird unterstellt, daß ein größerer Teil der Hochschulzugangsberechtigten seine Hochschulzugangsberechtigung in einem Bildungsweg erwirbt, der nicht primär auf ein Hochschulstudium ausgerichtet ist. Auch bei den Schülern der allgemeinbildenden Klassen der Sekundarstufe II scheint die enge Verknüpfung von Abitur und Studium, die in der Vergangenheit zu beobachten war, schwächer zu werden.

- Es wird unterstellt, daß bei dem hohen Anteil der Hochschulzugangsberechtigten am gleichaltrigen Altersjahrgang das Neigungs- und Leistungsfähigkeitsspektrum so breit ist, daß aufgrund von Eignung und Interesse ein höherer Anteil der Hochschulzugangsberechtigten als in der Vergangenheit alternative Ausbildungswege zur Hochschule wählt.
- Der Rückgang der Schülerzahlen im Bereich der Sekundarstufe I führt in relativ kurzer Zeit zu einer steigenden Nachfrage nach Auszubildenden im dualen System, die von den Schulabgängern der Sekundarstufe I nicht mehr befriedigt werden kann. Die bereits heute zu beobachtende Tendenz, daß ein stark steigender Anteil der Hochschulzugangsberechtigten sich um eine Berufsausbildungsstelle bewirbt, könnte sich aufgrund dieser Sogwirkung verstärkt fortsetzen.
- Auf der anderen Seite wird berücksichtigt, daß das Berufswahlverhalten der Jugendlichen sich in den letzten Jahren stark verändert hat. Der Zeitraum zwischen Schulabschluß und Übergang in die Hochschule scheint immer länger zu werden, weil Phasen der beruflichen Ausbildung zwischengeschaltet werden. Von den 1983 in Berufsausbildung befindlichen Hochschulzugangsberechtigten wollten ein halbes Jahr nach Ausbildungsbeginn noch insgesamt 34 % im Anschluß an die Berufsausbildung ein Studium aufnehmen. Den höchsten Anteil an Studienwilligen hatten die Fertigungsberufe mit 64 %.
- Das Sinken der Übergangsquote vom Schulbereich in den Hochschulbereich ist in hohem Maße durch Studienverzicht von jungen Frauen bedingt. Hier wirken sich die schlechten Berufschancen in kulturwissenschaftlichen Fächern, die mehrheitlich von Frauen studiert werden, und hier insbesondere im Lehramt aus. Wenn Frauen verstärkt motiviert werden, naturwissenschaftliche und

ingenieurwissenschaftliche Fächer zu studieren - was die Frauenpolitik der Landesregierung unterstützt -, dürfte der heute zu beobachtende Studienverzicht teilweise kompensiert werden.

- Die hier angestellten Überlegungen werden durch eine Sonderauswertung der HIS GmbH vom Januar 1986 aus Längsschnittuntersuchungen der Studienberechtigten 1976, 1978, 1980 und 1983 in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet gestützt. Danach ist die Studierneigung von 1976 bis 1983 von 84 % auf 72 % zurückgegangen. Bedeutsam hier ist aber, daß die Studierneigung bei Männern immer noch bei 81 %, bei Frauen aber nur noch bei 62 % liegt. Nordrhein-Westfalen liegt damit im Bundestrend, wo die Studienbereitschaft von 83 % auf 72 % im gleichen Zeitraum zurückgegangen ist. Im Hinblick auf das zukünftige Verhältnis von Fachhochschulreifen und allgemeinen Hochschulreifen ist von Bedeutung, daß der Rückgang der Studierneigung besonders ausgeprägt bei Schulabsolventen mit Fachhochschulreife ist. Hier ist im Zeitraum vom 1976 bis 1983 die Studierneigung von 83 % auf 65 % zurückgegangen, im Bundesgebiet lediglich von 80 % auf 67 %. Die größten Rückgänge in der Studierneigung sind bei Frauen mit Fachhochschulreife festzustellen, wo der Anteil von 65 % 1976 auf 49 % 1983 zurückgegangen ist. Hier ist die Übereinstimmung mit dem Bundestrend deutlich größer als bei der Gesamtzahl der Schulabgänger mit Fachhochschulreife. Selbst wenn sich dieser überproportionale Rückgang in der Zukunft bei den Fachhochschulreifen fortsetzen sollte, würde dies wegen des relativ und absolut sinkenden Bestands an Schulabgängern mit Fachhochschulreife in der Zukunft geringer ins Gewicht fallen. Auf der Basis der Untersuchungen der HIS GmbH ist die hier unterstellte langfristige Übergangsquote von 65 % eine eher skeptische Schätzung, die Sogeffekte der beruflichen Ausbildung, die steigende Neigungsdifferenzierung und die veränderte Einschätzung zur Kopplung von Abitur und Studium voll in Rechnung stellt.

Die Schätzung muß auf der Basis der Erkenntnisse der folgenden Jahre möglicherweise korrigiert werden. Hierauf ist bei den weiteren Planungen Bedacht zu nehmen. Eine besondere Berücksichtigung von sog. Bildungsinländern bei den Überlegungen zur Übergangsquote vom Schulbereich in den Hochschulbereich ist nicht erfolgt, da Überprüfungen in Situationen im Schulbereich ergeben haben, daß nur ein sehr kleiner Teil von Ausländern, der in Nordrhein-Westfalen das Sekundarschulwesen besucht, eine Hochschulreife erwirbt. Bei diesem kleinen Teil an Ausländern kann unterstellt werden, daß das Übergangsverhalten dem deutscher Mitschüler gleicht oder ähnelt.

Bei einer Übergangsquote von 65 % ergeben sich - unter Ausklammerung der Medizin, wegen des nicht abschätzbaren Nachfrageverhaltens - für das Jahr 2000 rd. 34.500 Studienanfänger an staatlichen Hochschulen im Geschäftsbereich.

2.6.3 Übergangsverhalten zu wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen

Die dargestellten Daten und angenommenen Tendenzen führen nicht zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen überproportional sinken wird. Ausgehend von den Erfahrungen der vergangenen Jahre wird unterstellt, daß der Rückgang der Fachhochschulzugangsberechtigungen und die geringere Studierneigung von Schulabgängern mit Fachhochschulzugangsberechtigung mehr als ausgeglichen werden durch einen steigenden Anteil an Studienanfängern mit allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung bei den Fachhochschulen. Der Anteil der Studienanfänger mit allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung hat sich von 1972/73 auf 1986/87 von unter 5 % auf etwa 39 % erhöht. Studienorganisation und günstige Berufschancen in den meisten Fächern für Fachhochschulabsolventen sprechen dafür, daß dieser Trend, wenn auch abgeschwächt, anhält

und damit die Rückgänge bei den Fachhochschulreifen kompensiert. Ausgehend vom gegenwärtigen Verhältnis von wissenschaftlichen Hochschulen zu Fachhochschulen wird auch in der Zukunft damit gerechnet, daß 70 % der Studienanfänger ein Studium an wissenschaftlichen Hochschulen aufnehmen, 30 % an Fachhochschulen und sonstigen Hochschulen (Kunst- und Musikhochschulen).

2.6.4 Regionalisierte Studienanfängerprojektion

Die Bevölkerungsentwicklung im Lande ist uneinheitlich. Allgemein wird von Stadt/Land-Gefälle bei der Geburtenhäufigkeit gesprochen. Die Hochschulen im Lande liegen zum Teil in großstädtischen Verdichtungsgebieten, zum Teil in Zentralorten mit breitem ländlichen Umfeld, zum Teil in insgesamt eher ländlichen Regionen. Eine Überprüfung der Studienanfänger der Hochschulen des Landes in den Jahren 1984/85 und 1985/86 zeigt, daß der weit überwiegende Teil der Studienanfänger an den Hochschulen des Landes seine Hochschulzugangsberechtigung in Nordrhein-Westfalen erworben hat. Nur etwa 13 % der Studienanfänger (Deutsche und Ausländer) hat seine Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Nordrhein-Westfalens erworben. Die Randlage der Universität Bonn und der Universität - Gesamthochschule - Siegen schlägt sich auch in einem deutlich höheren Anteil von Studienanfängern nieder, die ihrer Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Nordrhein-Westfalens erworben haben. Es sind an diesen Hochschulen über 20 % der Studienanfänger. Die landesplanerischen Zielsetzungen, mit der Weiterentwicklung der Universität - Gesamthochschule - Siegen auch grenznahe Bereiche der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz mitzuversorgen, werden damit durch die Hochschule erfüllt. Die Überprüfung zeigt weiter, daß der größte Teil der Studienanfänger auch bei den großen und alten Hochschulen aus der Hochschulstadt oder ihrem unmittelbaren und näheren Einzugsbereich stammen. Selbst wenn in Zukunft der Wettbewerb der Hochschulen um Studienanfänger in grundständigen Studiengängen an

Bedeutung gewinnen sollte, ist nicht anzunehmen, daß ein quantitativ ins Gewicht fallender Teil der Studienbewerber auf ein Studium an der wohnortnahen Hochschule verzichtet und eine weiter entfernt liegende Hochschule wählt. Derartige Wettbewerbssituationen dürften eher bei postgradualen Studien entstehen, wo Ausbildungsrichtung, Forschungs- und Ausbildungsqualität des jeweiligen Faches vom Studenten aufgrund des abgeschlossenen Erststudiums bereits verantwortlich beurteilt werden können. Um zu klären, ob der eingetretene Geburtenrückgang in einzelnen Landesteilen zu so geringen potentiellen Studienbewerberszahlen führen kann, daß sich die in der Region liegende Hochschule nicht mehr ausreichend aus dem Reservoir der Studienberechtigten ihres Einzugsbereichs mit Studienanfängern ergänzen kann, ist eine regionalisierte Studienanfängerprojektion durchgeführt worden, die, ausgehend von den derzeitigen Einzugsbereichen der Hochschulen, den dort prognostizierten Schulabgängerzahlen mit Hochschulreife und Fachhochschulreife und mit einer unterstellten einheitlichen Übergangsquote von 65 % vom Schulbereich in den Hochschulbereich eine denkbare Studienanfängerzahl für die einzelnen Hochschulen ermittelt. Der so ermittelte theoretische Rückgang der Studienanfänger schwankt zwar deutlich zwischen knapp 32 % (Universität Köln) und 26 % (Universität - Gesamthochschule - Siegen), er macht aber auch deutlich, daß auch langfristig die Hochschulen des Landes ein ausreichend großes Reservoir an Studienberechtigten vorfinden werden, aus denen sich ihre Studienanfänger rekrutieren können. Die Projektion kann nicht berücksichtigen, welche Auswirkungen auf das Hochschulwahlverhalten das von den einzelnen Hochschulen angebotene Fächerspektrum hat: Fächerspektren, die auf Tätigkeitsfelder hinführen, bei denen Berufseinmündungsschwierigkeiten bestehen, bzw. in Zukunft verstärkt zu erwarten sind, dürften bei sich verstärkender Sensibilität von Studienbewerbern auch für derartige Fragestellungen dazu führen, daß benachbarte Hochschulen mit günstigerem Fächerspektrum bevorzugt werden. Die Projektion

bezieht sich nur auf erste Hochschulsemester, sie vermag nicht eventuelle Verschiebungen bei den Studentenzahlen durch Hochschulwechsel während des Studiums abzubilden. Sie kann auch nicht das unterstellte veränderte Hochschulwahlverhalten von Studienberechtigten mit allgemeiner Hochschulreife berücksichtigen, die verstärkt die Angebote der Fachhochschulen wahrnehmen. Dies kann dazu führen, daß die Studentenrückgänge bei den Fachhochschulen niedriger als prognostiziert ausfallen werden. Der besondere Aussagewert der Projektion liegt damit vor allem darin, deutlich zu machen, daß auch in Zukunft die Hochschulen aufgrund der Bevölkerungsstruktur in ihren Einzugsbereichen und der zu erwartenden Bildungsbeteiligung eine ausreichende Zahl von Studienbewerbern in ihrem Einzugsbereich erwarten können.

2.7 Zukünftige Studienstrukturen:

In Anlehnung an die Absichtserklärungen von Bund und Ländern wird unterstellt, daß sich die tatsächlichen Studiendauern in dem nächsten Jahrzehnt deutlich verringern werden. Planerisch wird eine Studienzeit an wissenschaftlichen Hochschulen von 4 1/2 Jahren, an Fachhochschulen von 3 1/2 Jahren unterstellt. Damit werden die Werte fortgeschrieben, die der Planungsausschuß für den Hochschulbau bei seinen Studienplatzzielzahlberechnungen zu Beginn der 70er Jahre und der Wissenschaftsrat bei seinen Ermittlungen von Personalrichtwerten zugrunde gelegt haben. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen zweifeln, daß die hier unterstellten Studiendauern tatsächlich erreicht werden können. Auf der anderen Seite muß sich die Hochschulplanung an den Zielen orientieren, die erreicht werden sollen, und darf nicht durch ein planerisches Eingehen auf derzeitige Zustände eben diese Zustände auf Dauer festschreiben.

Unter Zugrundelegung der Annahmen der Kultusministerkonferenz zur zukünftigen gegenüber heute deutlich verkürzten Verweildauer an Hochschulen kann für das Jahr 2000 unter Einbeziehung der Medizinstudenten mit einer Studentenzahl von etwa 233.500 Studenten an den staatlichen Hochschulen ohne verwaltungsinterne Fachhochschulen gerechnet werden. Von diesen werden etwa 57.000 an Fachhochschulen und künstlerischen Hochschulen studieren.

Die Entwicklung der letzten Jahre bei der Neueinrichtung von Studiengängen und die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Struktur des Studiums weisen darauf hin, daß die postgradualen Studiengänge in den 90er Jahren an Bedeutung gewinnen werden. Im Land wird bereits jetzt die Einrichtung von Graduiertenkollegs modellhaft gefördert; wenn mit diesen neuen Möglichkeiten vertieften Studiums und Forschens eine Verkürzung der tatsächlichen Studienzeiten des Erststudiums einhergeht, wird sich die Zahl dieser Kollegs deutlich erhöhen. Wie hoch der Anteil von postgradualen Studiengängen in der Zukunft sein wird, läßt sich derzeit mit ausreichender Sicherheit noch nicht abschätzen. Maßgeblich hierfür wird insbesondere sein, welches System des Übergangs von grundständigen Studiengängen zu postgradualen Studiengängen gewählt werden wird. Ausgehend von ausländischen Erfahrungen könnte eine Übergangsquote von etwa 30 % der Absolventen des grundständigen Studiums für realistisch gehalten werden. Postgraduale Studiengänge sind deutlich kürzer als die grundständigen Studiengänge, sie haben einen hohen Anteil an Eigenarbeit, die erforderlichen Lehrveranstaltungen sind in aller Regel aber Kleingruppenveranstaltungen und damit sehr personalintensiv.

Die Hochschulen werden in der Zukunft verstärkt ihre Weiterbildungsaufgaben wahrnehmen und hierfür besondere Studienangebote bereithalten.

2.8 Personalplanerische Konsequenzen

Die personalplanerischen Konsequenzen für den Zeithorizont bis zum Jahr 2000 ergeben sich aus den folgenden Parametern:

- Rückgang der Studienanfänger (Hochschulsemester) langfristig um 30 % unter Ausklammerung der Studienanfänger in der Medizin wegen des nicht abschätzbaren Nachfrageverhaltens; bei einer unterstellten Übergangsquote von 65 % auf ca. 34.500.
- Verteilung auf wissenschaftliche Hochschulen und übrige Hochschulen im Verhältnis 70 zu 30.
- Verteilung auf naturwissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Fächer einerseits und sonstige Fächer andererseits
 - = an wissenschaftlichen Hochschulen im Verhältnis 45 zu 55 %,
 - = an den übrigen Hochschulen im Verhältnis 60 zu 40 %.
- Erhöhter Forschungsbedarf.
- Abbau der in den vergangenen Jahren getragenen Überlast.
- Veränderung der Studienstrukturen durch vermehrte Weiterbildungsangebote und postgraduale Studiengänge.
- Aufrechterhaltung des regionalisierten Hochschulsystems im Lande.
- Erhalt einer Umstrukturierungsreserve.

2.8.1 Personalrichtwerte

Um angemessene Forschungs- und Lehrbedingungen für die Hochschulen insgesamt sicherstellen zu können, muß von Auslastungsermittlungen in Anlehnung an die Betreuungswerte der Kapazitätsverordnung abgerückt werden, die unter den Vorzeichen erschöpfender Nutzung der vorhandenen Kapazitäten für die Lehre entwickelt worden sind. Es bestand und besteht allgemeiner Konsens darüber, daß die Kapazitätsverordnung nur als Instrument zur Überbrückung der extrem hohen Nachfrage nach Studienplätzen gerechtfertigt war, um möglichst allen Studienwilligen ein Studium ihrer Wahl zu ermöglichen. Im Interesse langfristiger Qualitätssicherung der Forschung müssen aber auch im Interesse einer Intensivierung und damit Verbesserung der Lehre andere Personalbemessungsmaßstäbe herangezogen werden. Die Bildungspolitik in Bund und Ländern ist seit Jahren einig darüber, daß vom Grundsatz her die Personalrichtwerte, die der Wissenschaftsrat 1977 entwickelt hat, geeignet sind, die Auslastungsberechnung entsprechend der Kapazitätsverordnung zu ersetzen. Es wird davon ausgegangen, daß mit diesen Betreuungsrelationen zwar keine optimalen, aber doch akzeptable Ausbildungs- und Forschungsbedingungen an den Hochschulen geschaffen werden können. Im Entwurf der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans haben die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern diese Auffassung 1982 nochmals bekräftigt. Der Wissenschaftsrat selbst überprüft derzeit die Stimmigkeit der seinerzeitigen Richtwerte. Bereits bei der Verabschiedung der Richtwerte hat der Wissenschaftsrat darauf hingewiesen, daß für einen Teil der Fächer empirische Daten noch nicht vorlägen und sich eine spätere Überprüfung der vorgeschlagenen Richtwerte vorbehalten. Eindeutig ist z.B., daß der Richtwert für Rechtswissenschaft und Pädagogik nach der Entwicklung der Fächer zu niedrig ist. Die Richtwerte für sogenannte kleine Fächer sind ebenfalls problematisch. Der Wissenschaftsrat konnte seinerzeit nicht abschätzen, in welchem

Umfang Weiterbildungsstudienangebote und postgraduale Studiengänge bereits zum Ende der 80er Jahre entwickelt würden und hat infolgedessen von einer Quantifizierung als Zusatzpersonalbedarf abgesehen. Die bildungspolitisch angestrebte zusätzliche Nachfrage nach wissenschaftlicher Lehre durch Studenten in postgradualen Studiengängen an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen muß daher zusätzlich berücksichtigt werden. Ob der Ansatz ausreicht, zukünftig vermehrte Weiterbildungsnachfrage zu befriedigen, muß hier offen bleiben.

2.8.2 Grenzen der Auslastbarkeit von Einrichtungen

Bei den Personalbedarfsplanungen muß berücksichtigt werden, daß in dem differenzierten Hochschulsystem des Landes eine hundertprozentige Auslastung aller Studiengänge und aller Hochschulen nicht erreichbar ist. Es wird jetzt und in Zukunft Studiengänge geben, die stärker nachgefragt sind, ebenso wie es Studienangebote geben wird, bei denen die Nachfrage eine hundertprozentige Auslastung der Hochschule bzw. ihrer Lehreinheiten nicht erlaubt. Dies liegt nicht zuletzt an der Verflechtung von Fächern und Studiengängen untereinander, an der Notwendigkeit, Fächerkombinationsmöglichkeiten zu erhalten und an dem forschungspolitischen Anspruch, Fächer unabhängig von der Nachfrage zu erhalten und zu fördern. Ebenso sind Schwankungen in der Nachfrage nach Studienangeboten nie in der Weise vor auszuplanen, daß eine hundertprozentige Auslastung der Lehreinheiten gewährleistet werden kann. Die geringe Substituierbarkeit von Stellen des wissenschaftlichen Personals zwischen den Fächern, aber auch innerhalb der Fächer, verhindert zudem kurzfristige Ausgleichsmaßnahmen durch Verschiebung von Personal je nach veränderter Nachfrage. Unter Bezugnahme auf vergleichbare Auslastungsberechnungen, etwa im Krankenhausbereich, sollte daher bei 90 %iger Auslastung bereits von einer vollen Auslastung der jeweiligen Lehreinheiten gesprochen.

2.8.3 Regionale Kosten

Die Regionalisierung des Hochschulwesens im Lande hat zum Ausbau von Hochschulen auch in infrastrukturschwächeren Gebieten mit der ausdrücklichen Zielsetzung geführt, diese Regionen durch die Ansiedlung und Aufrechterhaltung leistungsfähiger Hochschulen durch eine Veränderung der kulturellen Situation, der Sozialstruktur und der Wirtschaftsverhältnisse leistungsfähiger zu machen. Es sind dadurch Hochschulen mit ganz eindeutigen Standortnachteilen errichtet worden, die auch durch noch so leistungsfähige Forschung und Lehre der Hochschule nicht ausgeglichen werden können. Die Universitäten Bielefeld, Paderborn und Siegen sind exemplarisch für diese Politik. Die Universität - Gesamthochschule - Siegen dient z.B. zu nicht unerheblichem Anteil der regionalen Entwicklung des Raumes Siegen - Betzdorf - Dillenburg und damit den grenznahen Bereichen Nordrhein-Westfalens, Hessens und von Rheinland-Pfalz. Die Landesplanung legt erheblichen Wert auf den Ausbau der Hochschule, um die Infrastrukturverbesserungen, die landesplanerisch erforderlich sind, auch mit Hilfe der Hochschule durchzusetzen. Hierauf haben sich die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vertraglich verständigt. Die Hochschule selbst hat die in sie gesetzten Erwartungen in ihrer Funktion als sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Faktor bereits in der Vergangenheit erfüllt. Eine Studie über die Einschätzung der Hochschule durch ihre ehemaligen Studenten und über die Arbeitsmarktchancen der Sieger Absolventen zeigt, in welcher hohen Zahl das Potential hochqualifizierter Arbeitskräfte von der Region angenommen wird. Die Hochschule kooperiert mit Wirtschaft und Industrie der Region, sie ist ein wesentlicher Faktor für das geistige und kulturelle Leben der Stadt. Die Randlage der Region und das relativ niedrige Schuleraufkommen im unmittelbaren Einzugsbereich führen auf der anderen Seite dazu, daß die Hochschule auf ein relativ kleines Reservoir an Studienberechtigten aus dem unmittelbaren Ein-

zugsbereich zurückgreifen muß. Der Personalbestand und ihr Fächerspektrum müssen im Interesse der Forschungsfähigkeit der Hochschule, ihrer regionalen Wirkungen und des von ihr ausgehenden Wissenstransfers im wesentlichen erhalten bleiben. Dies führt zwangsläufig zu einer Unterauslastung im Bereich der Lehre, die aus regionalen Gründen in Kauf genommen werden muß.

Eine Abwälzung dieser Kosten auf die ausgebauten alten Hochschulen des Landes in der Weise, daß bei diesen Hochschulen entgegen der Nachfrage nach Studienplätzen überproportional Personal abgebaut wird und die Nachfrage nach Studienplätzen durch administrative Maßnahmen wie ein landesweites Verteilungsverfahren oder Zulassungsbeschränkungen an einzelnen Hochschulorten auf derzeit weniger stark nachgefragte Hochschulstandorte umgelenkt wird, scheidet schon aus hochschulpolitischen Gründen aus. Hochschulpolitisch würde eine Fortführung administrativer Verteilungsmaßnahmen zu einer Diskreditierung der Hochschulen im Lande führen, die von einem solchen Verteilungsverfahren profitieren könnten. Den Hochschulen würde auf Dauer vorgehalten werden, sie verdanken ihre weitere Existenz ausschließlich staatlichen Zwangsmaßnahmen; ein solches Verfahren würde zudem als Eingeständnis der Landesregierung gewertet werden, daß die begünstigten Hochschulen nicht fähig seien, sich dem Wettbewerb der Hochschulen untereinander zu stellen. Zwischen den Hochschulen des Landes würde eine solche Verfahrensweise schließlich als Regionalisierung zu Lasten der alten Hochschulen im Lande verstanden werden müssen, die in den vergangenen Jahren die Hauptlast der Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge getragen haben. Der Konflikt zwischen den Hochschulen des Landes wäre damit vorprogrammiert. In der überregionalen bildungspolitischen Diskussion würde ein solcher Schritt als Angriff auf die Leistungsfähigkeit international anerkannter Hochschulen gewertet werden, der forschungs- und hochschulpolitisch nicht vertretbar ist. Der Erfolg einer

derartigen administrativen Umlenkungsmaßnahme wäre darüber hinaus sehr zweifelhaft: Die Vergangenheit lehrt, daß sehr häufig Studenten, die gegen ihren Willen in bewirtschafteten Studiengängen ihr Studium an Studienorten aufnehmen mußten, die für sie keine Priorität besitzen, in einem höheren Fachsemester an die Hochschule wechseln, an der sie ursprünglich ihr Studium haben aufnehmen wollen. Derartige Hochschulwechsel könnten nur durch Zulassungsbeschränkungen bis in die obersten Fachsemester ausgeschlossen werden. Hierfür wäre ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand erforderlich, die bildungspolitisch gewünschte Mobilität der Studierenden würde zum Erliegen kommen und individuelle Studiengestaltung wäre praktisch unmöglich. Mit einer Hochschulpolitik, die nachfrageorientiert ist und sich der Öffnung der Hochschulen und des Studiums verpflichtet fühlt, ist eine derartige Politik unvereinbar.

2.8.4 Studienstruktur

Die zusätzliche Lehrbelastung durch postgraduale Studenten läßt sich aus Mangel an validen Erfahrungen derzeit kaum quantifizieren. Es dürfte eine vertretbare Annahme sein, daß Studenten in postgradualen Studiengängen etwa ein Viertel der Lehrleistung des entsprechenden grundständigen Studiengangs in Anspruch nehmen. Ob der unter 2.7 ins Auge gefaßte Anteil von 30 % der Hochschulabsolventen grundständiger Studiengänge in postgradualen Studienangeboten realistisch ist, hängt zum nicht geringen Teil davon ab, wie sich die Erfolgsquote grundständiger Studiengänge entwickelt. Derzeit wird unterstellt, daß etwa 70 % aller Studienanfänger ihr Studium erfolgreich abschließen werden. Es ist plausibel anzunehmen, daß mittelfristig etwa 30 % dieser Absolventen postgraduale Studienangebote wahrnehmen werden.

2.8.5 Viele der diese Annahmen beeinflussenden Faktoren sind nicht sicher zu quantifizieren:

Wenn - entsprechend der heutigen Situation - erhebliche Unterauslastungen vor allen Dingen in Fächern auch zukünftig auftreten, die relativ wenig personalintensiv sind, die personalintensiven Ingenieurwissenschaften und die großen Massenfächer im gesellschaftswissenschaftlichen Feld hingegen voll ausgelastet bleiben, könnte sich der hochschulstrukturell und regionalpolitisch begründete Personalmehrbedarf gegenüber der angestellten Modellrechnung verringern. Auch der Umfang der Mehrbelastung der Hochschulen durch postgraduale Studiengänge läßt sich derzeit verlässlich nicht prognostizieren. Berücksichtigt man aber, daß die vom Wissenschaftsrat empfohlenen und von allen Bundesländern angestrebten Studienzeitverringeringen nicht zu Studienzeitverkürzungen führen werden, die nennenswert unter den diesen Rechnungen zugrundegelegten Studienzeitannahmen des Wissenschaftsrats aus dem Jahre 1977 liegen, muß ein gewisser Mehrbedarf einkalkuliert werden.

Auch die unterstellte Übergangsquote vom Schulbereich in den Hochschulbereich läßt sich nicht sicher prognostizieren. Wie vorne dargestellt, spricht manches dafür, daß die Übergangsquote sich wieder erhöht, eine geringere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie sich weiter vermindert.

Alle diese Unwägbarkeiten haben Auswirkungen auf Personalbedarfsprognosen für die Hochschulen des Landes. Die Unsicherheit, die mit der Prognose verbunden ist, zwingt dazu, die hier angestellten Überlegungen reversibel zu halten und die vorgenommenen Planungen fortzuschreiben. Ungeachtet der dargestellten Unsicherheiten in der Prognose steht allerdings fest, daß eine Personalplanung, die die dargestellten studienstrukturell und regionalpolitisch begründeten Personalbedarfe überhaupt nicht berücksichtigen würde, ein regionalisiertes Hochschulsystem wie es derzeit im Lande besteht, nicht mehr gewährleisten

könnte: Das Studienangebot vieler Hochschulen müßte erheblich verringert werden. Insbesondere an den Neugründungen der 70er Jahre könnte das jetzige Angebot an Kulturwissenschaftlicher Ausbildung - auch unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Kooperation - nicht aufrechterhalten werden. An diesen Hochschulen gibt es in den genannten Fächergruppen und Fächern bereits heute Unterauslastungen, die sich voraussichtlich noch erhöhen werden. Bei einer Globalrechnung, die "regionale Kosten" und studienstrukturelle Unterauslastungen nicht zur Kenntnis nimmt, müssen diese Ausbildungsgänge eingestellt werden, weil der Personalbestand nicht entsprechend der Nachfrage verringert werden kann: Aus Gründen der Qualität der Ausbildung muß nämlich eine personelle Mindestausstattung unabhängig von der Zahl der Studenten vorhanden sein, um den Fortbestand der Studiengänge rechtfertigen zu können.

2.8.6 Umstrukturierungsreserve

Die oben dargestellten Innovationsnotwendigkeiten und Innovationschancen im Hochschulbereich erfordern teilweise sehr kurzfristig die Neuverteilung freier Stellen. Allein in der Informatik an den wissenschaftlichen Hochschulen und den Fachhochschulen werden insgesamt etwa 330 Stellen benötigt. Forschungsschwerpunkte in den Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften erfordern eine Vielzahl hochspezialisierter Stellen, die nicht lehrrelevant sind. Die Aufgabe der Geisteswissenschaften, verstärkt orientierend auf die Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften einzuwirken, verlangt Stellen, auch wenn diese aufgrund der Nachfrage nach grundständigen Studiengängen nicht mehr erforderlich wären. Der Hochschulbereich wird also, um die 90er Jahre leistungsfähig beginnen zu können, Stellenumschichtungsmöglichkeiten über die bereits jetzt im Kapitel 06 020 zentral veranschlagten Stellen hinaus benötigen. Es sollten dies

Stellen sein, die vor allem aus den Stellen zu gewinnen sind, die aufgrund von Strukturmaßnahmen anfallen bzw. die aus Fächern kommen, bei denen bereits jetzt ein Ausdünnen möglich ist.

Bei der Verteilung dieser relativ kurzfristig zur Verfügung stehenden Stellen sollen die Hochschulen an den Montanstandorten besonders berücksichtigt werden. Um kurzfristig durchzuführende Projekte an den Hochschulen der Montanstandorte fördern zu können, wäre Personal aus der o.a. Reserve und zusätzliche Sachmittel im Umfang von insgesamt knapp 110 Mio. DM erforderlich. Die erforderlichen Personalstellen könnten durch Verlagerung von Stellen bereitgestellt werden.

3. Grundsatzentscheidungen zu wesentlichen Umstrukturierungsleitlinien:

3.1 Hochschulpolitik und Landespolitik

Die Lösung der drängenden Zukunftsfragen des Landes, seine ökologische und ökonomische Erneuerung, wird wesentlich vom innovativen Potential der Gesellschaft bestimmt. Innovatives Potential wird vor allem in den Hochschulen in Forschung und Ausbildung entwickelt. Hochqualifizierte, von den Hochschulen modern ausgebildete Nachwuchskräfte werden in der Lage sein, die notwendigen Strukturveränderungen im Lande zu vollziehen. Leistungsfähige Forschung wird die Wege und Mittel weisen, die zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen können, und Ziele für die weitere soziale Entwicklung setzen können. Investitionen für Ausbildung und Forschung sind damit Investitionen für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen und für die Stärkung der Leistungskraft des Landes. Die Landesregierung setzt konsequent die Politik fort, die Bildungsreserven des Landes auszuschöpfen. Das Land

braucht nicht nur einige Spitzenforscher, sondern eine breite Schicht hochqualifizierter Männer und Frauen, mit denen es gelingen wird, den gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die der Strukturwandel des Landes an uns stellt, zu begegnen. Hierfür ist das in der Vergangenheit geschaffene dichte Hochschulnetz unabdingbare Voraussetzung. Zu große Entfernungen zum Hochschulort führen auch heute noch bei manchen Jugendlichen vielfach auch aus finanziellen Gründen zu einem Studienverzicht. Das Land muß ein Interesse daran haben, daß die nachwachsende Generation die Hochschulen des Landes besucht. Wer hier studiert, ist eher bereit, seine berufliche Tätigkeit im Lande zu beginnen. Humankapital, eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes, bleibt damit dem Lande erhalten. Hochschulen bereichern das kulturelle Leben ihrer Region und schaffen ihrerseits veränderte Nachfragen nach kulturellen Angeboten. Neue künstlerische Entwicklungen sind in der jüngeren Vergangenheit überwiegend von den künstlerischen Hochschulen ausgegangen; Kunsthochschulen sind anders als in der Vergangenheit heute Avantgarde künstlerischer Entwicklung. Die in diesen Hochschulen vorhandenen innovativen Kräfte müssen auch in Zukunft erhalten und durch Einbeziehung neuer künstlerischer Medien und Ausdrucksformen gestärkt werden.

Die Landesregierung sieht in der jetzt geschaffenen und gewachsenen, dichten Hochschullandschaft einen der entscheidenden Zukunftsfaktoren des Landes und eines der wirksamsten Instrumente ihrer Strukturpolitik. Es soll deshalb kein Hochschulstandort aufgegeben werden, die Hochschulen sollen den Bedürfnissen der Zukunft entsprechend fortentwickelt werden.

3.2 Allgemeine hochschulplanerische Zielsetzungen

Die Vielfalt der Hochschultypen und Standorte soll erhalten bleiben.

Die Regionalisierung hat sich im Hinblick auf die Ausschöpfung von Bildungsreserven und die Infrastrukturwirkungen der Hochschulen bewährt.

Die Öffnungspolitik für den Hochschulbereich, die die Landesregierung im letzten Jahrzehnt durch

- die soziale Öffnung für bislang bildungsferne Schichten,
- die regionale Öffnung und damit durch die Erschließung zusätzlicher Bildungsreserven und
- die inhaltliche Öffnung durch differenzierte und gestufte Studienangebote

betrieben hat, wird aufrechterhalten.

Die Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen muß verstärkt werden; Ziel kann nicht mehr sein, nach Möglichkeit jedes Fach an jeder Hochschule anzubieten. Benachbarte Hochschulen müssen ihr Studienangebot aufeinander abstimmen mit dem Ziel, nicht mehr erforderliche Parallelangebote aufzugeben. Hierbei muß sichergestellt sein, daß notwendige Fächerkombinationen an ein und derselben Hochschule studiert werden können. Die Einbeziehung von Fernstudienangeboten der Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen in Präsenzstudienangebote sollte verstärkt werden. Landesweit muß sichergestellt sein, daß ein ausgewogenes Fächerangebot vorhanden ist.

Neben der Arbeitsteilung werden insbesondere räumlich nah beieinanderliegende Hochschulen feste Formen der Kooperation einzugehen haben mit dem Ziel, gemeinsame, jeweils aufeinander abgestimmte Ausbildungsangebote an den betroffenen Standorten zu entwickeln.

Das Instrument der Verwaltungsgemeinschaft wird insbesondere bei kleineren Hochschulen verstärkt Anwendung finden.

Es ist anzustreben, die Hochschulen im Lande insgesamt gleichmäßiger auszulasten; nicht nachgefragte Studiengänge bringen keinen Attraktivitätsgewinn für die Hochschule; sie entfalten keine Auswirkungen auf die Region. Bei zurückgehender Nachfrage müssen auch Parallelprofessuren in großen Fachbereichen und Fakultäten reduziert werden; die Mindestausstattung der Fächer und ihre Forschungsfähigkeit müssen erhalten bleiben.

Die besonderen Bedürfnisse der Hochschulen im Aufbau, die wesentlich zur regionalen Öffnung des Hochschulwesens beitragen, müssen berücksichtigt werden. Die weitere Entwicklung dieser Hochschulen muß gesichert werden.

Auch unter dem Aspekt gesellschaftlichen Bedarfs werden die Fächer in Umstrukturierungsüberlegungen einzubeziehen sein, die heute einem Auswahlverfahren unterliegen. Dies gilt insbesondere auch für die Medizin. Auch bei heute noch stark nachgefragten Studiengängen, die vornehmlich für staatliche und kommunale Arbeitgeber ausbilden, ist der prognostizierbare Personalbedarf von Kommunen und Staat zu berücksichtigen.

Die Infrastrukturwirkungen der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft der Region müssen gestärkt werden; Ausgaben für Hochschulen bedeuten damit gleichzeitig Beiträge zur regionalen Wirtschaftsförderung, zur Landesentwicklung, in vielen Fällen auch zur Kunst- und Kulturförderung.

Entsprechend sich abzeichnender technologischer, ökologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen müssen neue Studienangebote für neue akademische Berufe entwickelt werden, um zu verhindern, daß die Hochschulausbildung

veraltet und den qualitativen Anforderungen des Beschäftigungssystems nicht mehr entspricht. Es kann zwar das Lehrangebot der Hochschulen nicht an kurzfristigen Arbeitsmarktbedürfnissen orientiert werden; andererseits müssen die vorhersehbaren Anforderungen des Arbeitsmarktes nach hochqualifizierten Kräften außerhalb der traditionellen Akademikerberufe in der Planung berücksichtigt und entsprechende Qualifikationsprofile in der Ausbildung entwickelt werden. Dies gilt auch für die Geisteswissenschaften.

Die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten durch die Hochschulen muß nachdrücklich unterstützt werden. Die Hochschulen müssen in der Zukunft personell und sächlich in der Lage bleiben, Weiterbildungsangebote zu erstellen. In der Weiterbildung befinden sich die Hochschulen in Konkurrenz mit einer Vielzahl privater und kommunaler Anbieter. Es kann nicht Aufgabe des Hochschulsystems sein, diese anderen Weiterbildungsträger zu verdrängen. Wie in der Weiterbildung insgesamt werden auch die wissenschaftlichen Angebote nicht kostenlos angeboten. Die Bemessung der zu fordernden Entgelte soll sich auch nach dem Interesse potentieller Abnehmer an den Weiterbildungsangeboten und nach der Leistungsfähigkeit der Abnehmerseite richten; das Angebot von Weiterbildungsstudien kann damit zu einem Instrument der Mitteleinwerbung werden und den Hochschulen zusätzliche finanzielle Bewegungsspielräume öffnen.

Die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems hängt auch vom kontinuierlichen Zugang junger und jüngerer Wissenschaftler ab. Die Hochschulen müssen auch bei stagnierenden oder zurückgehenden Ausbildungsaufgaben in der Lage sein, ohne Erhöhung des zukünftigen Dauerbedarfes kontinuierlich Nachwuchswissenschaftler dauerhaft an sich zu binden, um der Gefahr der Erstarrung des Systems zu begegnen. Hierfür sind vorübergehend entsprechende Stellen freizuhalten.

Attraktivität der Hochschulen erfordert zum einen eine bestimmte Fächervielfalt, um das Neigungs-, Interessen- und Leistungsspektrum der Studienberechtigten des Einzugsgebietes optimal ausschöpfen zu können.

Ausstrahlung über den engeren Einzugsbereich hinaus wird andererseits insbesondere bei kleineren Hochschulen durch Schwerpunktbildung und Profilierung in einzelnen Gebieten geschaffen. Herausragende Leistungen in Schwerpunktgebieten verbessern das allgemeine Image der Hochschule und entfalten Nachzugseffekte auch für andere Fächer der Hochschule.

Ein Ansatz, der anstrebt, Personal- und Sachausstattung an allen Standorten in allen Fächern nach Spitzenmaßstäben zu gewährleisten, wäre verfehlt. Auch hier bedarf es der Abstimmung zwischen den Fächern und Hochschulen. Die Hochschulen müssen hierbei in der Lage bleiben, Schwerpunkte entsprechend sich ändernden Verhältnissen zu verschieben.

Die dargestellten allgemeinen Planungsgesichtspunkte und die dargestellten Prognosen und Annahmen erfordern bereits jetzt Entscheidungen der Landesregierung, die bei den laufenden Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden können und aufgrund derer weitere Einzelgespräche mit den Hochschulen über ihre zukünftige Ausbildungsstruktur, über ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre sowie über mögliche Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen geführt werden können:

3.3 Standorte von Fachhochschulen bzw. Universitäten - Gesamthochschulen

3.3.1 Standort Hagen der Fachhochschule Hagen

Vorschlag:

Auflösung des Standortes Hagen der Fachhochschule Hagen und Zuordnung der Abteilung Iserlohn der Fachhochschule Hagen zur Fachhochschule Dortmund.

Begründung:

- Die Abteilung hat mit den Studiengängen Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Architektur und Bauingenieurwesen vier Studiengänge, die unter Bedarfsgesichtspunkten im Lande reduziert werden müssen. Lediglich der Studiengang Elektrotechnik hat positive Bedarfsaspekte.
- Die Nachfrage nach dem Standort hat in den vergangenen Jahren erheblich nachgelassen: Seit 1983/84 ist die Studienanfängerzahl an der Abteilung um 29 % zurückgegangen. Bei den Fachhochschulen insgesamt hat es für den gleichen Zeitraum nur einen Rückgang um 11 % gegeben. Die ungünstige Fächerstruktur am Standort Hagen läßt vermuten, daß die Nachfrage nach Studienplätzen auch in Zukunft überproportional sinken wird.
- Die Fachhochschule trägt selbst vor, daß für eine ordnungsgemäße Weiterführung des Studiengangs Bauingenieurwesen ein Investitionsaufwand von nahezu 8 Mio. DM erforderlich ist.
- Die am Ort befindliche Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen benötigt unabweisbar für das Fach Elektrotechnik zusätzliche Flächen, die bei Fortbestand der Abteilung Hagen der Fachhochschule in Iserlohn entweder angemietet oder gebaut werden müßten. Bei Auflösung der Abteilung könnten die Flächen der Fachhochschule voll der Fernuniversität zur Verfügung gestellt werden, die damit langfristig ihren Raumbedarf befriedigen könnte. Für Zwecke der Elektrotechnik und für die sonstigen Zwecke sind Umbaumaßnahmen in weit geringerem Umfang erforderlich als für Zwecke des Bauingenieurwesens. Durch die Aufgabe von Flächen, die derzeit in Iserlohn von der Fernuniversität genutzt werden, verbessern sich die Entwicklungsmöglichkeiten der Studiengänge der Abteilung Iserlohn erheblich.

- Der Einzugsbereich der Abteilung Hagen überschneidet sich mit den Einzugsbereichen der Fachhochschulen Bochum und Dortmund. Das Personal des Studiengangs Sozialarbeit kann an die Fachhochschule Dortmund verlagert werden, das Personal des Studiengangs Bauingenieurwesen an die Fachhochschule Bochum, das Personal des Studiengangs Architektur sowohl nach Bochum als auch nach Dortmund. Gleiches gilt für das Personal im Studiengang Elektrotechnik, bei dem ein Teil des Personals von der Fernuniversität übernommen werden soll.

Die Fachhochschulen Bochum und Dortmund sind in den genannten Studiengängen hoch ausgelastet, teilweise sehr stark überlastet, so daß zusätzliches Personal die Ausbildungssituation erleichtern würde. Die Altersstruktur z.B. in der Sozialarbeit ist so, daß binnen kurzer Frist freiwerdende Stellen anderweitig genutzt werden können, weil Parallelbesetzungen z.B. am Standort Dortmund vorhanden sind.

- Die Abteilung Iserlohn mit den Studiengängen Physikalische Technik, Korrosionsschutztechnik und Maschinenbau kann der Fachhochschule Dortmund zugeordnet werden. Die vorhandenen Regionalbezüge der Fachhochschule Hagen beziehen sich zu einem erheblichen Teil auf den Iserlohner Raum. Sie können ohne Schwierigkeiten von der Abteilung auch im Organisationsverbund mit der Fachhochschule Dortmund weitergepflegt werden.

3.3.2 Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld:

Vorschlag:

Zuordnung der Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld zur Fachhochschule Lippe.

Begründung:

- Die Abteilung Minden hat mit den Studiengängen Architektur und Bauingenieurwesen ein sehr kleines Fächerspektrum. Die Studienanfängerzahlen sind von 1983/84 bis 1986/87 um rund 50 % zurückgegangen. Im bewirtschafteten Studiengang Architektur haben sich weniger Studenten für den Standort Minden beworben als tatsächlich zugewiesen worden sind. Der Standort erhält also durch das Auswahlverfahren der ZVS künstlich Studienanfänger, die eine andere Ortspräferenz gehabt haben.
- Eine fachliche Verzahnung mit der Fachhochschule Bielefeld existiert aufgrund des unterschiedlichen Fächerspektrums nicht.
- Der Altersaufbau des Lehrkörpers in Minden ist sehr ungünstig: Von 28 Professuren werden bis 1999 20 frei. Es tritt eine Massierung der Pensionierungen in den Jahren 1991 bis 1997 auf.
- Eine vom generellen Bedarf nach Bauingenieuren her denkbare Schließung der Abteilung stößt auf erhebliche Gegenargumente unter dem Aspekt der Regionalisierung des Hochschulwesens und unter dem Aspekt vorgenommener Baumaßnahmen:
Minden leidet insgesamt unter seiner Randlage; es sollte daher ohne Not nicht eine weitere staatliche Einrichtung aus dem Ort abgezogen werden. Im letzten Jahr ist ein Wasserbaulaborgebäude errichtet worden, für das derzeit die Inneneinrichtung beschafft wird.
- Die Zuordnung der Abteilung Minden zur Fachhochschule Lippe ermöglicht eine inhaltliche und personelle Abstimmung der an beiden Standorten angebotenen Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur unter Einbeziehung der Detmolder Innenarchitektur.

- Die aus Altersstrukturgründen in den nächsten Jahren massiert eintretenden Vakanzen können durch Personalverschiebungen innerhalb der Hochschule bei zurückgehender Nachfrage nach Studienplätzen in Architektur und Bauingenieurwesen beseitigt werden. Bei Bestehenbleiben der Zuordnung von Minden zu Bielefeld bestehen diese Ausgleichsmöglichkeiten nicht und die freiwerdenden Stellen müßten im Interesse des Erhalts der Mindestausstattung jeweils wiederbesetzt werden. Die Massierung der Vakanzen dürfte in diesem Falle zu erheblichen Problemen bei der Gewinnung qualifizierten Personals führen.
- Die Zuordnung von Minden zur Fachhochschule Lippe und die Zusammenarbeit mit dem Standort Detmold ermöglichen eine Verbreiterung des Fächerspektrums für Detmolder Bauingenieure und Architekten und schaffen Möglichkeiten, z.B. im Bereich des ökologischen Bauens oder der Abfallwirtschaft gemeinsame Studienangebote mit dem Personal von Minden und Detmold zu erarbeiten.
- Die Entfernung zwischen Detmold und Minden beträgt etwa 65 km; die Fahrtzeit beträgt gut 3/4 Stunden. Dies läßt einen Einsatz des Personals an beiden Standorten zu.

3.3.3 Abteilung Höxter der Universität - Gesamthochschule - Paderborn

Vorschlag:

Zuordnung der Abteilung zur Fachhochschule Lippe mit der Zielsetzung, die Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur auslaufen zu lassen.

Begründung:

- Höxter hat, ebenso wie Minden, eine Randlage in Nordrhein-Westfalen. Der Einzugsbereich nach Niedersachsen

wird durch die Abteilung Holzminden der Fachhochschule Hildesheim abgeschnitten. Die Abteilung Holzminden hat ihrerseits ein erheblich größeres Hinterland als Höxter, so daß nicht davon ausgegangen werden kann, daß Holzminden mittelfristig in Niedersachsen als Standort in Gefahr gerät. Höxter konkurriert mit dem Fachhochschulstandort Detmold in den Studiengängen Bauingenieurwesen und Architektur. Die Entfernung zwischen Höxter und Minden (ca. 60 km) zeigt, daß Höxter und Minden durchaus auf einen gleichen Einzugsbereich reflektieren könnten, der aber attraktiver von Detmold abgedeckt wird. Die Studienanfängerzahlen in Höxter sind seit 1983/84 um knapp 25 % zurückgegangen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Studiengang Architektur mit 80 Studienanfängerplätzen im Auswahlverfahren ist. Für Höxter haben sich auf diese 80 Plätze mit erster Präferenz lediglich 21 Studienbewerber gemeldet. Der Rest ist mit anderer Ortspriorität nach Höxter verteilt worden.

- Ab 1991 treten vermehrt Vakanzen auf, die ebenso wie in Minden die Gefahr heraufbeschwören, daß anspruchsvolle Besetzungen nicht möglich sein werden, so daß hochschulinterne Hilfestellungen erforderlich sind. Ebenso wie für Minden kann Detmold hier für Höxter Hilfestellung leisten. Die Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur könnten in ihrer jetzigen Form in Höxter auslaufen. Ein Teil des Personals wird allerdings für den Studiengang Landespflege benötigt. Mit Rücksicht hierauf wird es Sache der Fachhochschule Lippe sein zu prüfen, ob in Höxter eine z.B. auf ökologisches Bauen hin bezogene Vertiefungsrichtung geschaffen werden kann, die Bauingenieurwesen und Architektur miteinander vereinigt und damit eine erhebliche Stellenreduzierung ermöglicht.

- Der Studiengang Landespflege muß erhalten werden. Er ist durch einen Pflanzenlehrpark, der für mehrere Millionen DM in Höxter angelegt worden ist, an den Standort Höxter gebunden.

Seine Nutzung in Höxter wäre dann möglich, wenn der Studiengang Landespflege dem Standort Paderborn der Gesamthochschule zugeordnet würde. Damit würde die Personalstruktur am Standort Paderborn allerdings erheblich gestört werden, da hiermit erstmals ein reiner Fachhochschulstudiengang am zentralen Standort eingerichtet würde, für den eine eigene Abteilung geschaffen werden müßte. Von seiner Größe her trägt der Studiengang aber keine Abteilung. Die Alternative bei einem Verbleib des Studiengangs im Verband der Universität - Gesamthochschule - Paderborn wäre, den Studiengang zum integrierten Studiengang auszubauen. Mit Rücksicht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts würden hierfür erhebliche Personalinvestitionen nötig sein. Es fragt sich zudem, ob der Abnehmerkreis bereit ist, Absolventen eines wissenschaftlichen Studienganges, die höher bezahlt werden müssen, zu akzeptieren.

- Innerhalb der Fachhochschule Lippe kann der Studiengang Landespflege in seiner bisherigen Form weitergeführt und entsprechend der Nachfrage personell aufgestockt werden. Hierzu werden in relativ kurzer Zeit freiwerdende Stellen in Höxter bereitstehen. Es besteht auch die Möglichkeit, ggf. freiwerdende Stellen aus Minden in den Studiengang zu verlagern.

3.3.4 Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen, Köln (FHBD)

Vorschlag:

Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Fachhochschule Köln unter Beibehaltung ihrer bisherigen Ausbildungsstruktur.

Begründung:

- Die Fachhochschule ist mit 671 Studenten in der Regelstudienzeit die kleinste Fachhochschule des Landes. Sie bildet zur Hälfte Studenten aus, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen, und ähnelt insoweit den verwaltungsinternen Fachhochschulen; zur Hälfte bildet sie Studenten für das öffentliche Bibliothekswesen aus.

Die FHBD hat ihren Sitz in Räumen der Fachhochschule Köln. Die Gebäude werden bereits jetzt von der Fachhochschule Köln bewirtschaftet. Der Hochschule stehen insgesamt 21 Stellen für wissenschaftliches Personal, eine Rektorstelle (Bes.-Gr. B 2), eine Kanzlerstelle (Bes.-Gr. A 15) und 14 Stellen nachgeordnetes Verwaltungs- und Bibliothekspersonal zur Verfügung. Eine derartige Verwaltung ist bei der angespannten Haushaltslage des Landes, die auf Jahre bestehen bleiben wird, kaum noch zu verantworten.

Das Studienangebot der Hochschule ist in sich sehr differenziert. Es werden Ausbildungen für den mittleren, den gehobenen und den höheren Dienst durchgeführt. Die Studentenstruktur und die Ausbildungsweise lassen sich weder mit wissenschaftlichen Hochschulen noch mit Fachhochschulen vergleichen. Sie legen es daher nahe, die Ausbildungen auch weiterhin in einer selbständigen Hochschuleinrichtung durchzuführen.

- Die Größe des Personalkörpers der FHBD, die bereits jetzt bestehende Verwaltungszusammenarbeit mit der Fachhochschule Köln und die Personalausstattung der Verwaltung der Fachhochschule Köln erlauben es, die Verwaltungsaufgaben der FHBD und der Fachhochschule Köln in einem Verwaltungsverbund, der die Lehraufgaben der FHBD unberührt läßt, kostengünstiger als derzeit

durchzuführen. Obwohl bei der FHBD aufgrund der besonderen Ausbildungen für Angehörige des öffentlichen Dienstes ein erheblich höherer Verwaltungsaufwand bei der Betreuung der Studenten anfällt als etwa bei der Fachhochschule Köln, dürfte es durch Umorganisation von Arbeiten möglich sein, deutliche Stelleneinsparungen bei der gemeinsamen Verwaltung der beiden Hochschulen zu erzielen. Die Funktion des Kanzlers der FHBD kann vom Kanzler der Fachhochschule Köln mit wahrgenommen werden. Die FHBD bleibt auch bei dieser Konstruktion selbständige Hochschule mit einem Rektorat und eigenverantwortlich für die akademischen und studentischen Angelegenheiten im engeren Sinne.

Die vorgeschlagenen Entscheidungen umfassen die erforderlichen institutionellen Anpassungen im Fachhochschulbereich, die gewährleisten, daß dem Lande auch in den 90er Jahren leistungsfähige Fachhochschulen in allen Regionen des Landes zur Verfügung stehen. Auf ihrer Grundlage können im Laufe des Jahres weitere Entscheidungen über Veränderungen von Studiengängen an den Fachhochschulen und von Fachhochschulstudiengängen an Universitäten - Gesamthochschulen vorbereitet und getroffen werden.

3.4 Grundsatzentscheidungen zu wesentlichen Bereichen der wissenschaftlichen Hochschulen

3.4.1 Medizin

Vorschlag:

1. Kürzung der vorklinischen Ausbildungskapazität um 830 Plätze von derzeit 3.311 auf 2.481 Studienanfängerplätze.

2. Kürzung der Studienanfängerkapazität in der Zahnmedizin um 70 Studienanfängerplätze von 476 auf 406 Studienanfängerplätze.

Begründung:

Es besteht weitgehendes Einverständnis darüber, daß das System der medizinischen Versorgung insgesamt an die demographische Entwicklung angepaßt werden muß. Die Ärztedichte in Deutschland ist bereits eine der höchsten der Welt. In den nächsten Jahren wird ein starker Anstieg von Berufseintritten ausgebildeter Medizinstudenten stattfinden, der die sich bereits heute abzeichnenden Berufseinmündungsschwierigkeiten für junge Mediziner drastisch erhöhen wird. Es ist damit nicht auszuschließen, daß die Nachfrage nach Medizinstudienplätzen mit Rücksicht auf die ungünstiger werdenden Berufsaussichten deutlich zurückgehen wird. Die extremen Verschiebungen im Lehramtsbereich beweisen, daß Studienanfänger sensibel auf veränderte Berufsmöglichkeiten reagieren.

Auf die Medizinerausbildung selbst bezogen, steht fest, daß die Medizinerausbildung derzeit qualitativ darunter leidet, daß die Ausbildungskapazität im klinischen Bereich deutlich niedriger liegt als die Ausbildungskapazität im vorklinischen Bereich. Da die Ausbildungskapazität in der Klinik patientenbezogen berechnet wird, kann die Diskrepanz zwischen Kapazitäten in der Vorklinik und Klinik nicht durch Personalerhöhungen in der Klinik ausgeglichen werden. Die Studenten erhalten also entweder

zuwenig patientenbezogene Ausbildung im klinischen Abschnitt oder müssen lange Wartezeiten während des Studiums in Kauf nehmen. Insgesamt vermindert diese Situation den Anwendungsbezug der Ausbildung und damit ihre Qualität. Die Einschätzung, daß die Ausbildungsqualität in der Medizin durch eine Senkung der Studienanfängerkapazitäten und die damit verbundene Angleichung der Ausbildungskapazität in der Vorklinik und der Klinik verbessert werden muß, wird bundesweit geteilt. Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zu Veränderungen in der Medizinerbildung der Freien Universität Berlin vom 22.5.1987 dringend empfohlen, die Studienanfängerkapazität bundesweit um etwa 25 % zu senken.

Da das Land den Hochschulbereich insgesamt mit Rücksicht auf die demographische Entwicklung verkleinert, muß es dem Lande auch erlaubt sein, Teilbereiche in die Umstrukturierungen einzubeziehen, die hoch nachgefragt sind, um eine nicht gewollte Gewichtsverschiebung zwischen der Medizin und den sonstigen Fächergruppen zu vermeiden, selbst wenn dadurch die Verwirklichung individueller Studienwünsche erschwert wird.

Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß Maßnahmen, die den Zugang zur Medizinerbildung trotz derzeit noch bestehenden erheblichen Bewerberüberhangs verringern, im Hinblick auf die bisherige Rechtsprechung zu Art. 12 GG besonders sorgfältig bedacht werden müssen.

Im Bereich der Zahnmedizin fehlt es an einzelnen Standorten ebenfalls an einer ausreichenden Zahl von Patienten, so daß die Ausbildung zu theorielastig wird. Im übrigen gelten die Argumente, die zur Medizin allgemein genannt worden sind.

Verteilung der wegfallenden Studienanfängerplätze

Hochschule: wegfallende Studienanfängerplätze

Universität Bochum	-
Essen	247
Düsseldorf	260
Köln	113
Münster	130
Aachen	40
Bonn	<u>40</u>
	830

Zahnmedizin:

Münster	50
Bonn	20

Der Vorschlag bedeutet, daß die vorklinische Ausbildungskapazität in Essen ganz wegfällt und die Aufgaben der vorklinischen Ausbildung für Essen von Bochum wahrgenommen werden. Bewerbungen werden dann also demnächst für die Standorte Bochum und Essen gemeinsam erfolgen. Der Wegfall der Ausbildungsaufgaben für die vorklinische Ausbildung schafft zusätzlichen Raum für die klinische Forschung an der Universität - Gesamthochschule - Essen. Die Situation in der Vorklinik in Bochum und Essen ähnelt damit funktional der Situation an der Freien Universität Berlin. Dort bildet eine Vorklinik für mehrere Klinika aus. Vorklinik und Klinika sind als selbständige Fachbereiche organisiert. Die Berliner Erfahrungen zeigen, daß es möglich ist, Klinik und Vorklinik als selbständige Fachbereiche zu organisieren.

Diese Lösung ermöglicht, in Bochum/Essen die sogenannte Schere zu schließen, die vorklinische Kapazität also angemessen an die klinische Kapazität anzupassen, ohne daß es eines weiteren Ausbaus des Bochumer Modells bedürfte.

Der Vorschlag führt zu einer kooperativen Medizinausbildung der Universität Bochum und der Universität - Gesamthochschule - Essen.

- 3.4.2 Anpassung der Lehrerausbildungskapazitäten an den langfristig niedrigen Bedarf des Kultusministers mit den sich hieraus ergebenden Folgerungen vor allem für die Kulturwissenschaften.

Problem:

Die Personalstellen in den Kulturwissenschaften sind seit 1963/64 fast verdoppelt worden. Die Personalausweitung fand ihre Begründung im wesentlichen in der starken Nachfrage des Kultusministers nach ausgebildeten Lehrern. In den 60er und 70er Jahren studierten in den Geistes- und Sprachwissenschaften etwa 90 % der Studenten Lehramt, 10 % studierten in Magisterstudiengängen. Zwischenzeitlich hat sich dieses Verhältnis erheblich verändert. Von den Studierenden in der Regelstudienzeit in den Kulturwissenschaften studierten 1986/87 lediglich 26,5 % Lehramt. Die vorhandene Kapazität wird mit Lehramtsstudenten derzeit lediglich mit 20 % ausgelastet. Insgesamt beträgt die Auslastung der kulturwissenschaftlichen Ausbildungskapazitäten (Lehramt, Magister und Diplom) nur noch 61 %. Selbst wenn auf Betreuungsrichtwerte, wie sie der Wissenschaftsrat vorgeschlagen hat, zurückgegangen wird, bedeutet dies eine Unterauslastung um etwa 20 %.

Bei unterstelltem Rückgang der Studienanfänger entsprechend der demographischen Entwicklung in den Kulturwissenschaften (Geisteswissenschaften, Sprachwissenschaften, Kunst, Musik und Sport) werden die Studienanfängerzahlen (1. und 2. Fachsemester, 1. Fach) von derzeit 17.902 (Wintersemester 1986/87) auf 12.500 Studienanfänger zurückgehen. Da die Studienanfängerzahlen in der genannten Fächergruppe in der Vergangenheit bereits sehr stark zurückgegangen sind, erscheint es gerechtfertigt, trotz der

derzeit sehr ungünstigen Einstellungsaussichten im Schuldienst und im außerschulischen Bereich für Absolventen der kulturwissenschaftlichen Fächer keinen überproportionalen Schwund bei den Studienanfängern dieser Fächergruppe anzunehmen. Von den genannten Studienanfängern haben sich 14.135 in Fächer eingeschrieben, die auch Lehramtsstudiengänge anbieten. Die restlichen Studenten verteilen sich auf kulturwissenschaftliche Fächer, die in den Stundentafeln der Schulen nicht vorkommen, wie z.B. Archäologie, Indologie, Japanologie, Literaturwissenschaften und Linguistik. Bei einem unterstellten Bewerberrückgang um 30 % ergibt sich mittelfristig eine Studienanfängerzahl von knapp 10.000 in den sogenannten Lehramtsfächern.

Bei unterstelltem langfristigem Einstellungsbedarf des Kultusministers unter Zugrundelegung der gegenwärtig geltenden Schüler-Lehrer-Relationen von jährlich 3.000 Lehrern ab 1995 in den Geistes- und Sprachwissenschaften muß der Hochschulbereich Studienanfängerplätze im Umfang von etwa 6.000 Studienanfängern (1. Fach) bereitstellen. Hierbei ist berücksichtigt, daß ein Teil der Studienanfänger sein Studium abbricht, das Studium nicht erfolgreich beendet, nicht in den Vorbereitungsdienst eintritt oder nach Ableisten des Vorbereitungsdienstes nicht in den Schuldienst eintritt. Im Jahr 1986/87 haben aber nur 4.558 Studienanfänger ein Lehramtsstudium begonnen. Dies bedeutet, daß der Anteil der Lehramtsstudienanfänger steigen muß, um im Bereich der Geistes- und Sprachwissenschaften den Bedarf des Kultusministers, der langfristig bestehen dürfte, zu decken. Dieser Anstieg würde zu Lasten der Nachfrage in den gleichnamigen Magisterstudiengängen gehen. Die Studienanfängerzahlen in diesen Magisterstudiengängen dürften sich dann von derzeit mehr als 10.000 auf etwa 3.800 um fast 2/3 reduzieren. Denkbar ist auch, daß der Bereich der Magisterstudiengänge außerhalb der Lehramtsfächer noch stärker als bereits derzeit nachgefragt werden wird. Die Studienangebote haben sich in der Vergangenheit vermehrt und modernisiert. Die Hoch-

schulen entwickeln in vielen geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern interdisziplinäre Kombinationen, die neuen beruflichen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt entsprechen. Dies geschieht zunächst in Form von Zusatzstudiengängen, wird voraussichtlich aber bald auch zu grundständigen Studiengängen führen. An mehreren Standorten werden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft schon Regionalstudien (S. 27 f.) als Verbindung von Sprachwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, zum Teil auch Informationswissenschaften und Ingenieurwissenschaften angeboten. Es ist anzunehmen, daß insbesondere sogenannte Regionalstudien (Area Studies) als Kombinationen von gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, teilweise außereuropäischen Sprachen und Geographie zunehmend eingerichtet und von Studenten nachgefragt werden, da die Berufseinmündungschancen hier besser sein dürften als bei klassischen Magisterstudiengängen. Von daher erscheint es gerechtfertigt, die Ausbildungskapazität und damit die Studienanfängerplätze in den Kulturwissenschaften nur im Verhältnis der sinkenden Nachfrage auf etwa 12.500 abzubauen.

Die Umsetzung dieser Reduzierung wird sich innerhalb der beiden Extrempositionen

- Reduzierung der Lehrerausbildungsstandorte und der Wegfall der Ausbildungskapazität in den Lehramtsfächern an den betroffenen Standorten; hierbei sind Basisangebote für Spracherwerb bzw. für geisteswissenschaftliche Angebote, die in andere Fächergruppen integriert werden sollen, vorzuhalten,

oder

- Stellenreduktion unter Beibehaltung der vorhandenen Standorte gegebenenfalls bis zum Erreichen einer Mindestausstattung sowie strukturelle Maßnahmen in Einzelfällen

zu vollziehen haben.

Beide Alternativen sind mit den Hochschulen und mit hochschulübergreifenden Fachvertretungen intensiv erörtert worden. Es hat sich gezeigt, daß der Wegfall der Lehrerausbildung von allen Hochschulen als Maßnahme empfunden wurde, die zu einem teilweisen Identitätsverlust der Hochschule insgesamt führen würde. Ungeachtet der sehr unterschiedlichen quantitativen Ausstattung der lehrerausbildenden Fächer und der Nachfrage nach entsprechenden Studiengängen und ungeachtet des sehr unterschiedlichen Anteils der Kulturwissenschaften am jeweiligen Fächerspektrum der Hochschule wurde einhellig die Auffassung vertreten, daß die Geisteswissenschaften konstitutiv für die einzelnen Hochschulen seien, auch bei niedrigen Studentenzahlen effektiv in ihre Region hineinwirkten und kulturelle Beiträge für die Region in sehr erheblichem Ausmaße lieferten. Ihr Wert als Orientierungs- und Reflexionswissenschaften für die Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften wurde insgesamt stark herausgestellt, ebenso die Chance der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, neue berufsbezogene Studienangebote aufgrund veränderter Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu entwickeln.

Auch an großen Standorten wie Bonn, bei denen die Lehrerausbildung rein quantitativ nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, wurde betont, daß der Wegfall der Lehrerausbildung in den betroffenen Fächern letztlich zu einem Austrocknen der Fächer insgesamt führen müsse. Wenn man an diesem Standort die Lehrerausbildung gänzlich abbaue, müsse man gleichzeitig auch die entsprechenden Fächer einstellen. Dies ist mit Rücksicht auf die Qualität von Forschung und Lehre in diesen Fächern und die Größe des dortigen Lehrangebotes nicht vertretbar. Der Wegfall der Lehrerausbildung an der Universität Bonn unter Beibehaltung der gleichnamigen Magisterfächer führt zu sehr geringen Stelleneinsparungen, da für ein Lehrangebot in Magisterstudiengängen in etwa die gleiche Ausbildungskapazität erforderlich ist wie für die Lehrerausbildung für die Sekundarstufe II. Magisterstudiengänge und

gleichnamige Lehramtsstudiengänge haben vielfach identische Inhalte. Lehrveranstaltungen können also überwiegend sowohl von Magisterstudenten als auch von Lehramtsstudenten besucht werden. Es dürfte in der Öffentlichkeit kaum verstanden werden, daß an einem Standort, der anerkanntermaßen hervorragende wissenschaftliche Leistungen im kulturwissenschaftlichen Bereich erbringt, gerade die Lehrerausbildung nicht mehr möglich sein sollte.

Bei den kleinen Hochschulen, insbesondere den Neugründungen der 70er Jahre, war zu berücksichtigen, daß sie zu einem Teil aus lehrerausbildenden Institutionen heraus entstanden sind und damit von ihrer Tradition und ihrem Selbstverständnis her auf Lehrerausbildung nicht verzichten können. Zu berücksichtigen ist auch, daß gerade an den Standorten, die aufgrund der derzeitigen Nachfrage nach Lehramtsstudiengängen für einen Wegfall der Lehrerausbildung in Frage kämen, vieles dafür spricht, daß die regionale Lehrerversorgung später besser gesichert werden kann, wenn an den Standorten die in der Region benötigten Lehrer auch tatsächlich ausgebildet werden.

Alle Hochschulen wären auf der anderen Seite bereit, ihre Fächer bei zurückgehenden Studentenzahlen bis zur Mindestausstattung personell auszudünnen. Es wurden bereits Zusagen gegeben, in den nächsten Monaten hierfür Vorschläge zu unterbreiten.

Vorschlag:

Unter Berücksichtigung dieser Argumente und der regionalpolitischen Auswirkungen erscheint es angemessen, von einer Verringerung der Lehrerausbildungsstandorte insgesamt abzusehen, die Fächerspektren an den einzelnen Standorten aber kritisch durchzusehen und im übrigen die Personalkapazität in den Fächern entsprechend der Nachfrage zu verringern. Hierbei können zuerst solche Stellen abgebaut werden, die in den 60er und 70er Jahren aufgrund

der sprunghaft gestiegenen Nachfrage nach Lehramtsstudienplätzen zusätzlich parallel zu vorhandenen Stellen eingerichtet worden waren. Die Verringerung der Personalkapazität findet ihre Grenze dort, wo die Mindestausstattung erreicht wird, die unabhängig von der Zahl der Studenten erforderlich ist, um ein angemessenes Lehrangebot bereitzustellen.

Dieses Konzept greift in die Ausbildungsstruktur der Hochschulen sehr schonend ein, beseitigt in Einzelfällen Studiengangüberschneidungen und erreicht eine der Nachfrage in etwa entsprechende Ausbildungskapazität überwiegend durch Stellenreduktionen, ohne den Bestand der Fächer und ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu gefährden. Der Vorschlag sieht lediglich in Aachen und in Bochum und Dortmund tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Lehrerausbildung vor:

In Aachen wird die Lehrerausbildung für die Sekundarstufe II (allgemeinbildendes Schulwesen) eingestellt. Die Hochschule behält die Ausbildung für das berufliche Schulwesen (berufliche Fachrichtungen). Diese können überwiegend mit anderen Ingenieurwissenschaften, mit Naturwissenschaften, aber auch mit wenigen kulturwissenschaftlichen Fächern kombiniert werden. Die Kombinationsmöglichkeiten außerhalb der Ingenieurwissenschaften sollen sich im wesentlichen auf die naturwissenschaftlichen Fächer konzentrieren; eine Kombination mit Deutsch und Englisch wird dennoch vorgesehen, da diese Fächer in den entsprechenden Schulen wesentlicher Unterrichtsbestandteil sind. Ein Lehrangebot in Religionslehre ist durch Kooperation mit den im Ausbau befindlichen Kölner Theologien sicherzustellen. Es soll vorgesehen werden, daß für den Spracherwerb ein leistungsfähiges Sprachenzentrum entsteht; weiterhin sind Stellen aus den Kulturwissenschaften erforderlich, die Orientierungs- und Reflexionsfunktion in Zusammenarbeit mit den Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften erfüllen können. Hierfür

sollten etwa 25 - 30 zusätzliche Stellen vorgesehen werden. Damit dürfte die Ausstrahlungswirkung der Technischen Hochschule auch in den belgischen Grenzraum über ein Sprachangebot in Französisch sichergestellt sein. Das Lektorat für Niederländisch, das in Aachen existiert, kann in das Sprachenzentrum eingebracht werden. Damit sind auch die Interessen des niederländischen Grenzraumes angemessen berücksichtigt.

Die Universitäten Bochum und Dortmund liegen nahe beieinander und ergänzen sich in der Ausbildung für die Schulstufen, im Lehramtsfächerspektrum selbst sind aber erhebliche Überschneidungen feststellbar. Beide Hochschulen sind derzeit in den Lehramtsfächern nicht ausgelastet, es steht nichts dafür, daß sich dies in der Zukunft ändern wird. Auch in den sich überschneidenden Fächern müssen beide Hochschulen eine Mindestausstattung an Personal vorhalten, auch wenn diese von der studentischen Nachfrage nicht mehr gerechtfertigt wird. Dies gilt insbesondere für Dortmund.

Um diese strukturellen Unterauslastungen zu beseitigen, wird mit Rücksicht auf die durch die räumliche Nähe ermöglichten Kooperationen vorgeschlagen, eine gemeinsame Lehrerausbildung in Bochum und Dortmund durchzuführen. Hierfür wird es entweder erforderlich sein, übergreifende Einrichtungen zu schaffen oder aber zumindest gemeinsame Berufungskommissionen einzurichten. Lehrveranstaltungen werden an beiden Standorten von dem "gemeinsamen Personal" angeboten werden.

Eine ähnliche Lösung wird für die Universität - Gesamthochschule - Paderborn und die Universität Bielefeld nicht vorgeschlagen, da die Entfernung zwischen beiden Hochschulen zu groß und die Verkehrswege zu ungünstig sind, um die Voraussetzung für eine dauerhafte erfolgreiche Kooperation zu bieten.

Ein Wegfall der Lehrerausbildung in Paderborn würde die Hochschule in ihrer gegenwärtigen Identität gefährden. Es erscheint von daher zweckmäßiger und durchsetzbarer, das Fächerspektrum in Paderborn zu verringern und im übrigen die Lehrerausbildung in Paderborn zu belassen.

Die Studienangebote in Bielefeld und Paderborn werden so aufeinander abgestimmt, daß Lehrerausbildung für berufliche Fachrichtungen nur noch in Paderborn stattfindet, Lehrerausbildung für Sozialwissenschaften hingegen nur noch in Bielefeld. Die Studiengänge Kunst und Musik werden in Bielefeld zugunsten Paderborns eingestellt.

An der Universität Bonn hat die Pädagogische Fakultät ihren eigenständigen Ausbildungsauftrag durch Entscheidungen der Vergangenheit verloren. Es wird vorgesehen, die Fakultät aufzulösen und in die Universität Köln einzugliedern. Damit verbleibt in Bonn lediglich die Ausbildung für das Lehramt für die Sekundarstufe II, der Diplomstudiengang Pädagogik entfällt. Mit Rücksicht auf die Nähe zur Deutschen Sporthochschule Köln wird der Lehramtstudiengang Sport für die Sekundarstufe II eingestellt. Es verbleiben Stellen für den allgemeinen Hochschulsport. Bei den sogenannten kleinen Fächern, die keine Lehramtsfächer sind, wird eine Arbeitsteilung mit der Universität Köln angestrebt.

Die Universität Düsseldorf behält das vorhandene Fächerspektrum, der Personalbestand wird überprüft.

Die Universität - Gesamthochschule - Duisburg gibt die Studiengänge auf, die derzeit nur als Studiengänge für das Lehramt für die Sekundarstufe I geführt werden. Diese Studiengänge werden kaum nachgefragt und haben nur geringe Entwicklungsmöglichkeiten. Es sind dies die Studiengänge Katholische Theologie, Biologie, Ernährung und Haushaltswissenschaft, Kunst, Musik und Sport.

Die Universität - Gesamthochschule - Duisburg hat in der Vergangenheit die Schwerpunkte ihrer Entwicklung in anderen Bereichen als der Lehrerausbildung gesetzt. Mit Zusatzstudiengängen für Fremdsprachen für Wirtschaftswissenschaftler und Ingenieure und mit dem Zusatzstudien-

angebot Ostasienwirtschaft hat die Hochschule darüber hinaus für geisteswissenschaftliche Fächer Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, die nicht vom Lehramt her bestimmt oder von diesem abgeleitet sind. Auch unter regionalen Gesichtspunkten wäre eine Aufgabe des Standortes Duisburg als Lehrerausbildungsstandort denkbar; die Hochschule sieht aber - ähnlich wie die Universität - Gesamthochschule - Paderborn - ihre Identität gefährdet, wenn die Lehrerausbildung wegfallen würde. Ähnlich wie am Standort Paderborn sollte daher in Duisburg von einem Wegfall der Lehrerausbildung gegen den einmütigen Willen der Hochschule und der Region abgesehen werden.

Die Universität - Gesamthochschule - Essen bleibt neben Bochum/Dortmund ein Zentrum der Lehrerausbildung im Ruhrgebiet. Mit Rücksicht auf den geplanten Ausbau der Musikhochschule Ruhr entfällt ein Ausbildungsangebot in Kunst und Musik.

Die Universität Köln bietet alle vier Lehrämter an und wird im Bereich der Lehrerausbildung sehr stark nachgefragt. Sie wird wesentlich durch das kulturwissenschaftliche Lehrangebot geprägt; 45 % der Studierenden (ohne Medizin) studieren in dieser Fächergruppe. Die Hochschule wird auch langfristig Zentrum der Lehrerausbildung in der Rheinschiene bleiben. Im Bereich der sogenannten kleinen Nicht-Lehramtsfächer wird eine Arbeitsteilung mit der Universität Bonn angestrebt.

Für die Universität Münster gilt dasselbe wie für die Universität Köln; die Hochschule ist Lehrerausbildungszentrum für das gesamte Münsterland; für die Zukunft wird es darauf ankommen, Unausgewogenheiten im Personalbestand, die in den 70er Jahren und durch die Integration der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe entstanden sind, auszugleichen. Mit Rücksicht auf die Erweiterung der Ausbildungsaufgaben der zu gründenden Kunstakademie in Münster entfällt die Lehrerausbildung im Fach Kunst.

Die Universität - Gesamthochschule - Siegen hat eine herausragende Regionalfunktion für den Kreis Siegen-Wittgenstein und die angrenzenden hessischen und rheinland-pfälzischen Kreise. Trotz derzeit schwacher Nachfrage

nach Studienplätzen in Lehrerausbildungsstudiengängen muß der Standort erhalten bleiben, um eine ausreichende Lehrerversorgung in der Region auch langfristig sicherzustellen. Eine Konzentration des Fächerspektrums ist bei den Studiengängen möglich, die nur für das Lehramt für die Sekundarstufe I angeboten werden. Hier gelten die gleichen Argumente wie für die Universität - Gesamthochschule - Duisburg. Zu überprüfen sind die Studiengänge Biologie, Geographie, Sport und Musik.

Die Universität - Gesamthochschule - Wuppertal hat einen eigenen Einzugsbereich, der bis nach Düsseldorf reicht und insbesondere im Kreis Mettmann deutliche Überschneidungen mit dem Einzugsbereich der Universität Düsseldorf aufweist. Gegenüber den Universitäten Bochum, Dortmund und der Universität - Gesamthochschule - Essen sind die Abgrenzungen deutlich schärfer. Von den Studenten der Hochschule studieren knapp 26 % in der Fächergruppe Kulturwissenschaften. Damit hat Wuppertal mit Essen den höchsten Anteil aller Gesamthochschulen an Studenten in der Fächergruppe Kulturwissenschaften. Diese Tatsache und der relativ gut abgrenzbare eigenständige Einzugsbereich der Hochschule rechtfertigen es, die Lehrerausbildung in Wuppertal zu belassen. Die Orientierung der Hochschule zur Rheinschiene hin erlaubt es aber, zu Arbeitsteilungen im Fächerangebot zu gelangen. Denkbar wäre ein Wegfall des Studiengangs Biologie für das Lehramt für die Sekundarstufe I, des Studiengangs Katholische Theologie, ggf. auch des Studiengangs Technik. Hierüber muß mit der Hochschule im einzelnen noch beraten werden. An der Struktur der Lehrerausbildung in Wuppertal ändert sich durch entsprechende Einstellungsmaßnahmen nichts.

Gegenüber einem Konzept, das durch Wegfall von Hochschulstandorten für Kulturwissenschaften einen maximalen Stellenabbau erreichen wollte, vermeidet das vorgelegte Konzept regionale Widerstände außerhalb der Hochschule weitgehend; es reduziert die Widerstände innerhalb der Hochschulen auf fachspezifische Diskussionen und vermeidet die Aufheizung der hochschulpolitischen Diskussion;

es reißt keine Fronten zwischen alten und neuen Hochschulen auf und erhält die Kontinuität des Regionalisierungskonzepts für die Hochschulen des Landes, sieht dabei aber in nicht unerheblichem Umfang Arbeitsteilungen vor.

Die Aufrechterhaltung eines breitgefächerten regionalisierten Ausbildungsangebots in den Lehrämtern und den zuzuordnenden kulturwissenschaftlichen Fächern ist auch ein Beitrag dazu, den Studienwünschen von Frauen Rechnung zu tragen. Soziologische Untersuchungen bestätigen, daß Frauen weit überwiegend kulturwissenschaftliche Fächer studieren. Die Einschreibzahlen des Landes Nordrhein-Westfalen belegen dies. Der Frauenanteil bei den Studierenden in den kulturwissenschaftlichen Fächern liegt mit 59,5 % deutlich höher als in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern mit jeweils 34,4 bzw. 11,7 %. Untersuchungen, die anlässlich der Schließung der Pädagogischen Hochschule Reutlingen durchgeführt worden sind, haben ergeben, daß der Wegfall von Lehrerausbildungskapazitäten in sehr hohem Maße die Gefahr in sich birgt, daß studierwillige Frauen aus dem regionalen Umfeld auf ein Studium ganz verzichten, weil sie sich nicht imstande sehen, sich auf naturwissenschaftliche oder ingenieurwissenschaftliche Fächer umzuorientieren. Es ist nicht die Zielsetzung der Landesregierung, die Aufrechterhaltung traditionellen Wahlverhaltens von Frauen zu fördern (z.B. für Lehrämter), sondern die Landesregierung versucht, Frauen auf allen Qualifikationsebenen den Zugang zu sogenannten Männerberufen zu eröffnen; dieser Prozeß verläuft aber langsam und könnte durch abrupte Verringerung von Ausbildungsmöglichkeiten, die traditionell verstärkt von Frauen wahrgenommen werden, dann erheblich behindert werden, wenn die betroffenen Frauen, wie befürchtet werden muß, in erheblichem Umfange Studienverzicht leisten und sich nicht in andere Ausbildungsrichtungen umorientieren.

3.5 Kunsthochschulbereich

- 3.5.1. Münster: Die Abteilung Münster der Kunstakademie Düsseldorf wird verselbständigt. Sie übernimmt Ausbildungsaufgaben in der Lehrerausbildung für alle Lehrämter. Eine Erweiterung der bestehenden Klassen wird nicht angestrebt.

Die Maßnahmen sollen zum Wintersemester 1988/89 abgeschlossen sein.

- 3.5.2 Essen: Die Musikhochschule Ruhr soll zu einer Hochschule für Darstellende Kunst, Musik und Tanz ausgebaut werden. Gedacht ist an die Zusammenfassung von Ressourcen für die Bereiche Sprechtheater, Musiktheater (Oper, Operette, Musical), Tanz sowie für die Bereiche Bühnenbild, Kostümbild und Regie. In diesen Fächern im Lande vorhandene Ressourcen sollen zum Teil in Essen konzentriert werden. Das Konzept soll schrittweise ab 1988 verwirklicht werden.

- 3.5.3 Köln: Die Landesregierung hält es für sinnvoll, in Köln eine eigenständige Hochschule für Film, Fernsehen und Video (Arbeitstitel) zu errichten und hierfür Ressourcen des derzeitigen Fachbereichs Kunst und Design, ggf. auch des Fachbereichs Photoingenieurwesen der Fachhochschule Köln zu nutzen. Die Hochschule soll künstlerische und nicht-künstlerische Studienangebote vorhalten. Daneben soll im Rahmen eines umfassenden Konzepts für die Fortentwicklung der medienbezogenen Aus- und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen das Projekt einer Rundfunkakademie in Dortmund in die Prüfung einbezogen. Das Projekt einer Hochschule für Film, Fernsehen und Video erfordert einen größeren zeitlichen Vorlauf. Sobald das Konzept der Hochschule ausgearbeitet ist, wird ein Gründungsbeauftragter bestellt, der die Aufnahme des Lehrbetriebs vorbereitet.

Begründung:

Zur Begründung wird auf den Bericht zur Weiterentwicklung des künstlerischen Bereichs verwiesen.

3.6 Absolut und relativ erhöhter Sachmittelbedarf

Die Hochschulgründungen der 60er und 70er Jahre führen im Gerätebereich zu einem sprunghaften Anstieg des Ersatzbeschaffungsbedarfs zum Ende dieses Jahrzehnts und zu Beginn des kommenden Jahrzehnts. Der Modernisierungsbedarf der Fächer wächst zunehmend; Disziplinen, die früher als Buchwissenschaft mit relativ geringen Ausstattungen auskamen, benötigen, um konkurrenzfähig zu bleiben, Geräte wie Forschungsrechner und Arbeitsplatzrechner. Das Computerinvestitionsprogramm, das von Bund und Ländern gemeinsam aufgelegt worden ist, belegt nachdrücklich den hohen Bedarf der Hochschulen auch in den Nichtinformatikfächern an Rechnerkapazitäten. Bei der sprunghaften Entwicklung in den Informationstechniken ist mit Ersatzbeschaffungen nach spätestens 5 bis 10 Jahren zu rechnen. Der Unterhaltungsaufwand für die Geräte ist beträchtlich und steigert die laufenden Sachkosten. Die Kosten für wissenschaftliches Gerät steigen überproportional, auch wenn bei den Rechnern Kostensenkungen zu verzeichnen sind.

Die Spitzenstellung in naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Forschung zu halten, ist nur noch mit einer Geräteausstattung auf dem jeweils neuesten Stand der Technik möglich.

Die Kosten für Energieversorgung und Unterhaltung der Hochschulen sind in den vergangenen Jahren prozentual bei weitem am höchsten von allen Ausgabegruppen im Hochschulbereich gestiegen. Es ist nicht abzusehen, daß hier eine Trendumkehr eintreten wird. Diese Kosten fallen weitgehend unabhängig von der Zahl der Studierenden an.

Der räumliche Ausbau der Hochschulen hat das Ausbauziel zu etwa 96 % erreicht. Ein weiterer Ausbau ist damit nicht mehr erforderlich. Statt dessen wird die Sanierung des bestehenden Baubestandes dringlich. Umorientierungen in Forschung und Lehre verlangen vielfach Umbaumaßnahmen und höhere Installierungen.

Die Ausstattung mit Sachmitteln und mit Geräten dürfte in den 90er Jahren zum entscheidenden Faktor für die Aufrechterhaltung der Qualität des Hochschulwesens des Landes werden. Sie kann in keinem Fall parallel zu möglichen Personaleinsparungen vermindert werden. Im Gegenteil müssen die Ansätze für die Mittel für Forschung und Lehre, für Bibliotheken und EDV sowie die Investitionsmittelsätze schon aufgrund der überproportionalen Kostensteigerungen erhöht werden. Umorientierungen innerhalb der Wissenschaften und Schwerpunktverlagerungen hin zu Natur- und Ingenieurwissenschaften führen zudem dazu, daß Stellen, die bislang mit relativ geringen Sachmitteln auskamen, eine deutlich teurere Ausstattung benötigen, die bereitgestellt werden muß, um die Stellen funktionsfähig zu machen.

Insgesamt wird der Anteil der Sach- und Investitionsmittel im Einzelplan 06 gegenüber dem Personalmittelanteil steigen müssen.

3.7 Voraussetzungen für Umstrukturierungen

Die Hochschulen sind derzeit in wesentlichen Teilbereichen immer noch überlastet. Da auch bei sinkenden Studienanfängerzahlen für die nächsten Jahre die effektive Belastung der Hochschulen durch Studenten im Hauptstudium und in Abschlußprüfungen noch steigen wird, ist ein Wegfall von Stellen auch in vielen unterausgelasteten Fächern derzeit noch problematisch. Verzichtbare Stellen müssen im übrigen genutzt werden, um neue zukunftsorientierte Aufgaben zu erfüllen. Ein sofort wirksamer Stellenabbau ist damit aus hochschulstrukturellen Gründen

nicht gerechtfertigt. Soweit Stellen aufgrund der oben dargestellten Strukturmaßnahmen verzichtbar werden, bedeutet ihr Wegfall allerdings keinen Vorlauf von Stellenkürzungen vor einer Aufgabenreduzierung. Es besteht auch ein legitimes Interesse daran, in den Fächern, in denen bereits jetzt Unterauslastungen feststellbar sind bzw. in naher Zukunft eintreten werden, eine Verfestigung des Stellenbestandes durch zügige Besetzung von Dauerstellen zu verhindern. Notwendige Personalstrukturveränderungen der 90er Jahre dürfen nicht durch Stellenbesetzungen zum Ende der 80er Jahre verhindert oder aufgeschoben werden.

Wissenschaftliches Personal ist in aller Regel hochspezialisiert und auf bestimmte Forschungs- und Lehrbereiche auch innerhalb der einzelnen Fächer festgelegt. Die Aufgabenbeschreibung erfolgt in unterschiedlicher Detailliertheit bei der Einstellung. Eine Änderung der Aufgabenbeschreibung ist aus Sachgründen oft nur schwer möglich. Stellenwegfall bei zurückgehendem Aufgabenbestand ist damit ohne weiteres nur dort möglich, wo bestimmte Fachgebiete parallel vertreten werden. Im übrigen ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob das von dem ausscheidenden Stelleninhaber vertretene Fach für Forschung und Lehre verzichtbar ist bzw. ob im Einzelfall eine Aufgabenübernahme durch verbleibendes Personal möglich ist. In den meisten Fällen wird dies nicht möglich sein. Dies bedeutet, daß Personalabbau im Hochschulbereich sich nicht entsprechend dem zufälligen Freiwerden von Stellen vollziehen kann, sondern nach einem auf die jeweilige Fachsituation bezogenen Konzept, in dem z.B. parallel vertretene Stellen kw-gestellt werden, in dem aber auch bei Stellen, die in Zukunft der Hochschule verbleiben werden, bereits jetzt Vorsorge für Änderungen in der Aufgabenbeschreibung getroffen wird. Zielsetzung eines solchen Konzepts ist es, die Aufgabenbeschreibung in der Lehre breiter zu halten und Spezialisierungen vor allem auf die Forschung zu beschränken. Derartige kombinierte Maßnahmen

ermöglichen Personalabbau bei Aufgabenrückgang ohne Verwerfungen in den Studienangeboten und führen die Differenzierungen, die in den 70er Jahren vor allem in der Lehre entstanden sind, auf vertretbare Größenordnungen zurück. Ein solches Konzept gelingt nur dann, wenn kw-Stellungen einhergehen können mit Neubesetzungen verbleibender Stellen, die ggf. in demselben Fach andere Aufgabenbeschreibungen erhalten. Die Altersstruktur in einem großen Teil der Fächer ist so, daß auch bei einem derartigen Konzept ein erheblicher Teil der durch Aufgabenwegfall verzichtbaren Stellen schon in den 90er Jahren disponibel wird. Ein Abschluß solcher Maßnahmen bis 1995 ist allerdings nicht möglich. Dies gilt vor allem für die Stellen, die aus Gründen der Kapazitätssteigerung in den 70er Jahren als Lebenszeitstellen mit hohem Lehrdeputat geschaffen worden sind. Diese Stellen, auf die aufgrund der veränderten Nachfrage zukünftig vielfach verzichtet werden kann, sind in der Regel bis weit ins nächste Jahrhundert besetzt. Ein Stellenabbau, der statt dessen auf Professorenstellen oder auf Qualifikationsstellen im Übermaß zurückgriffe, würde die Struktur der Fächer erheblich schädigen und zu irreparablen Beeinträchtigungen in der Kontinuität der Forschung führen. Auch bei Stellenabbau muß in diesen Fächern ohne Erhöhung des zukünftigen Dauerbedarfs die Möglichkeit kontinuierlichen Personalzugangs durch jüngere Wissenschaftler erhalten bleiben. Hierfür müssen vorübergehend Stellenreserven vorgehalten werden.

Kw-Stellungen müssen auch in den 90er Jahren die Neuverteilung freiwerdender Stellen ermöglichen. Das finanzpolitische Ziel, möglichst bald den Personalhaushalt des Landes zu entlasten, darf nicht dazu führen, daß den Hochschulen ihre Möglichkeiten zur Innovation und zur Schwerpunktbildung und -verlagerung durch Veränderung der Personalzuweisung genommen werden. Um diese Maßnahmen durchführen zu können, ist zusätzlich zu den bereits

jetzt im Zentralkapitel aufgrund der Maßnahmen zur Konzentration und Neuordnung der Studiengänge/angebote aus dem Jahre 1982/83 anfallenden Stellen eine Stellenreserve zu schaffen. Das Verfahren der Zuweisung dieser Stellen an die Hochschulen darf nicht nur kurzfristige Stellenbedarfe abdecken, sondern muß auch gewährleisten, daß langfristige Projekte auf einer Zeitschiene angemessen ausgestattet werden können.

Um Planungssicherheit für die Hochschulen zu gewährleisten, sollen die Entscheidungen, in welchem Umfang und in welchen Fächern an den Hochschulen kw-Vermerke auszubringen sind, bis Mitte des Jahres 1988 fallen. Bis dahin sollen auch notwendige und bereits jetzt mögliche Entscheidungen über Veränderungen von Studiengängen über die jetzt gemachten Vorschläge hinaus erfolgen.

Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird - nach erneuter Anhörung der Hochschulen und Erörterung in den parlamentarischen Gremien - über den Fortgang der Planungen berichten und ggf. erforderliche Entscheidungen der Landesregierung erbitten. Im Hinblick auf die sachnotwendigen Unsicherheiten bei der Erstellung der Prognosen und der Festlegung von Rahmendaten wird der Bericht im Abstimmung mit dem Finanzminister bis zum 1.1.1991 überprüft und fortgeschrieben werden; der Minister für Wissenschaft und Forschung wird hierüber berichten.

Im Bericht werden aus Gründen der besseren Lesbarkeit Funktionsbezeichnungen u.ä. in der männlichen Form gebraucht; diese Bezeichnungen gelten für Frauen in der weiblichen Form.